

11. Wahlperiode

Plenar- und Ausschußdienst

Wort-Protokoll

Ausschuß für Stadtplanung und Stadtentwicklung
24. Sitzung

gemeinsam mit dem
Ausschuß für Umweltschutz
30. Sitzung

und dem Ausschuß für Bau- und Wohnungswesen
33. Sitzung

22. Oktober 1990

Beginn: 15.09 Uhr
Vorsitz: Abg. Simon (CDU)

Vors. S i m o n : Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung für Stadtplanung und Stadtentwicklung gemeinsam mit den Ausschüssen für Umweltschutz und Bau- und Wohnungswesen.

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage - zur Beschlußfassung - über Bewerbung Berlins beim Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland um die Ausrichtung der Spiele der XXVII. Olympiade im Jahr 2000 in Berlin
- Drs 11/1256 -

Nun frage ich in Richtung Senat, wer die Einleitung übernehmen würde. - Bitte, Frau Senatorin Schreyer!

Frau Sen Dr. S c h r e y e r (StadtUm): Ich schlage vor, daß die federführende Senatsdienststelle die Einleitung übernimmt.

V: Bitte, Herr Dr. Schröder!

StS Dr. S c h r ö d e r (Senatskanzlei): Ich habe eine Schwierigkeit. Ich habe gehört, daß die Vorlage erst gestern oder in der vergangenen Woche zur Verteilung gelangt ist. Wahrschein-

lich hatte eine erhebliche Anzahl der Mitglieder dieser Ausschüsse noch gar nicht die Gelegenheit, die Vorlage zu lesen.

Ich möchte mich einerseits nicht wiederholen, und zum anderen möchte ich das, was nach meiner Auffassung vor allem für den Senat bezüglich des Zeitablaufs, um das jetzt einzubringen, entscheidend war, doch noch einmal ins Gedächtnis rufen. Ich gehe von den Daten aus, die auf der Seite 26 - also dem Schluß des eigentlichen Berichts - noch einmal festgehalten worden sind, daß es für den Ablauf der Bewerbung mit der Aussicht auf Erfolg, den sich Berlin erhofft, wichtig ist, die Bewerbung für die Olympischen Spiele im Jahr 2000 so vorzubereiten, daß das NOK sie im April 1991 erhalten kann. Dies setzt einen Vorlauf voraus, der nicht unwesentlich dadurch bestimmt wird, daß die Vereinigung der Nationalen Olympischen Komitees der beiden deutschen Staaten Mitte November in Berlin erfolgt und die Werbebemühung Berlins zu diesem Zeitpunkt erkennbar sein sollte. Davon hat sich der Senat im wesentlichen bei seinen zeitlichen Überlegungen leiten lassen.

Die weiteren zeitlichen Vorgaben ergeben sich aus den Planungen für die Sitzungen des Abgeordnetenhauses der nächsten Wahlperiode, so daß für eine Bewerbung im April die Vorentscheidungen noch in dieser Legislaturperiode getroffen werden mußten, um rechtzeitig die nötigen Arbeitsschritte durchführen zu können. Daraus ergeben sich dann eine Entscheidung des NOK im Juni/Juli 1991 und die danach folgende Bemühung um die Bewerbung auf der internationalen Ebene, so daß es im Herbst 1992 eingereicht werden kann. Die Entscheidung - ich wiederhole das noch einmal - erfolgt dann im September 1993.

Das sind die zeitlichen Eckdaten, die den Senat dazu gebracht haben, jetzt die Vorlage vorzulegen. Sie sind im Zusammenhang mit den notwendigen Vorentscheidungen für bauliche Maßnahmen zu sehen, die alsbald zu treffen sind, so daß bei einzelnen Bewerbungsstufen bereits Realisierbares vorgewiesen werden kann. Nach dem, was wir über die Bewerbungen anderer Städte - erfolgreiche und weniger erfolgreiche Bewerbungen - festgestellt haben, ist es unsere Einschätzung, daß wir einige Baumaßnahmen mit hoher Priorität vorantreiben müssen. Dazu gehören das Projekt Mehrzweckolympiahalle am Stadion der Weltjugend, wo wir allemal - wie auch immer die Entscheidung fällt - im Sportstättenbau einen hohen Entscheidungsbedarf haben. Dazu gehört das Problem Schwimm- und Sprunghalle am Standort Friesenstadion und die Frage der Radsporthalle im Bereich der Werner-Seelenbinder-Halle. Auch hier ist ein dringender Erneuerungsbedarf nicht von der Hand zu weisen. Und schließlich haben wir noch das Problem der Sporthalle im Jahn-Sportpark.

Hier geht es darum, bald entscheidungsreife Unterlagen erarbeiten zu können, was wiederum voraussetzt, daß wir am 1. Januar - und damit unglücklicherweise zwischen den Legislaturperioden - die Olympia-Gesellschaft als Vorbereitungsgesellschaft arbeitsfähig haben.

Das Konzept der Vorlage - das ist öffentlich schon so oft abgehandelt worden, daß ich mich scheue, es dem Ausschuß noch einmal vorzutragen - ist eine in die Innenstadtbereiche integrierte Veranstaltung. Das wird besonders deutlich durch die Darstellung "Olympia-Konzept 2000" - eingehftet nach Seite 8. Noch klarer und mit den einzelnen Sportstätten erkennbar ist es dann auf dem folgenden Bild. Die Idee ist dabei, die traditionellen Sportstätten noch weiter auszubauen - eine Entscheidung, die Berlin allemal treffen muß. Hierbei geht es vor allem um den zentralen Bereich im Gebiet des nördlichen Teils des Bezirks Mitte bzw. im Bezirk Prenzlauer Berg. Ferner geht es darum, an der Rummelsburger Bucht eine Initiative zu ergreifen, die von den Olympischen Spielen unabhängig ist, um dieses sehr lange vernachlässigte und schwer geschädigte Gebiet zu erneuern und damit einen Zusammenhang und die Voraussetzungen zu schaffen, später eine Wohnanlage von Qualität vorzuweisen.

V: Einen Augenblick, bitte! Ich habe Verständnis dafür, wenn der eine oder andere aus einer anderen Ausschußberatung hier hereinkommt, aber Herr Dr. Schröder hat auch ein Anrecht darauf, daß wir ihm alle zuhören. Ich bitte Sie, die Seitengespräche zu unterlassen - Herr Dr. Schröder, Sie haben wieder das Wort!

StS Dr. S c h r ö d e r : Danke schön! - Wir haben dann in Verbindung mit der Vorlage Überlegungen zu einem sportlichen Vorprogramm und einem Marketing-Konzept angestellt. Im Augenblick gehen die Vorbereitungen dahin, zur Sicherung der Arbeit der Olympia-Gesellschaft ab Januar die notwendigen Personalentscheidungen vorzubereiten, so daß sie unmittelbar im Anschluß an die Entscheidungen des Abgeordnetenhauses in die Tat umgesetzt werden können. - Ich begnüge mich hiermit; alles weitere wird sich aus den Fragen ergeben.

V: Herzlichen Dank, Herr Professor Schröder! - Für die Fraktionen, die jetzt noch gekommen sind: Wir haben zunächst eingangs auf eine Fraktionsrunde verzichtet, weil diese nur sehr einseitig möglich gewesen wäre und haben den Senat um eine Einleitung gebeten. Aber nunmehr sind die Fraktionen aufgerufen, das Wort zu ergreifen. - Zur Geschäftsordnung, bitte, Herr Statz!

Abg. Dr. S t a t z (GRÜNE/AL): Wird unserer Bitte Rechnung getragen, daß von dieser Sitzung ein Wortprotokoll angefertigt wird?

V: Ja, das ist in Auftrag gegeben, obwohl man bei diesem starken Arbeitsanfall darüber streiten könnte.

Abg. Dr. S t a t z : Wir wissen auch, daß es ein Problem war. Aber in Anbetracht der Auskünfte, die wir hier erhalten, hielten wir es für notwendig und bitten dafür um Verständnis.

V: Das ist alles in Ordnung! Im übrigen habe ich vergessen, das zu Beginn dieser Sitzung mitzuteilen. - Herr Wittwer, Sie haben das Wort!

Abg. W i t t w e r (CDU): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir begrüßen es grundsätzlich, wenn man das Konzept für Olympia 2000 überhaupt einmal behandeln kann. Wenn man die Vorlage durchliest, dann hat man den Eindruck, daß sie mit einer etwas heißen Nadel gemacht worden ist, denn im Grunde stützt sie sich auf drei Grundgedanken, die zunächst gar nicht negativ zu betrachten sind. Ein Thema ist der Olympia-Expresß, an dem sich alles auffädelt, und dann wird sehr viel von ökologischem Stadtumbau gesprochen - wahrscheinlich, damit die AL-Fraktion mitzieht was sie offensichtlich trotzdem nicht tut.

Wenn man sich das alles genau ansieht, dann hat man den Eindruck, daß uns entweder heute von der Senatskanzlei gesagt werden kann: Das ist alles schon passiert! oder: Es ist nicht passiert! - und dann hängt das ganze Ding in der Luft. Ich möchte beginnen zu erklären, was ich damit meine.

Was passiert eigentlich mit dem Westhafen-Gelände? Das wird verplant, und als Architekt kann ich mir vorstellen, daß das eine ganz tolle und hervorragende Wohn- und Dienstleistungslage ist. Aber ist es wirklich so, daß der Westhafen in der Zukunft verschwinden wird? Haben Sie schon ein Konzept für die gesamten Wasserstraßen und deren Nutzung? Meines Wissens sind das inzwischen wieder Bundeswasserstraßen, und es müßte eigentlich mit den zuständigen Leuten der Bundeswasserstraßenverwaltung darüber geredet werden. Es wäre interessant zu wissen, wie es sich damit verhält.

Dieser Olympia-Expresß soll im Augenblick auf einer Bahntrasse, die - wie die Gesetzeslage momentan ist - wohl noch Reichsbahntrasse ist, fahren. Ich frage mich: Warum kann man das nicht auch auf den S-Bahngleisen machen? Früher gab es die Durchläuferzüge und alles mögliche. Warum soll dieses Ding nicht auf denselben Gleisen fahren wie die S-Bahn auch? Ist denn mit der Reichsbahnverwaltung darüber gesprochen worden? Gibt es dazu bereits irgendwelche Vorstellungen? Deckt sich das, was hier gesagt wird, mit den Vorstellungen der Reichsbahnverwaltung?

Dritter Punkt: Auch im westlichen Teil Berlins gibt es eine Reihe von Sportanlagen, über die man sagt, daß sie für die Olympiade eigentlich schnell zu qualifizieren seien, ohne daß man nun den Schrott völlig neu entwickeln müßte. Das wäre wahrscheinlich kostengünstiger - wenn ich nur an die Wilmersdorfer Anlage usw. denke. Das sind Anlagen, die eigentlich ganz gut funktionieren. Ich frage mich, ob es für die jetzt genannten Bereiche im östlichen Teil unserer Stadt Ausweichmöglichkeiten gibt. Wenn man dann die angeführten Alternativen sieht, wie zum Beispiel die Wohnalternative südlich des Olympiastadions entlang der Heerstraße: Wenn man dort vorbeifährt oder auch durchläuft, hat man das Gefühl, daß dort eine ganze Menge Häuser stehen. Sollen die abgerissen werden, oder wie ist das?

Für meine Begriffe ist es so, daß man froh sein muß, endlich einmal etwas auf dem Tisch zu haben. Ich frage mich, warum es erst so spät kommt. Wenn man es dann aber auf dem Tisch hat und

es sich genau durchsieht, dann stellen sich eine ganze Reihe solcher inhaltlichen Fragen, die mit dem Konzept zusammenhängen. Ich möchte gern wissen: Wie weit sind diese Vorstellungen mit den Grundstückseigentümern und -nutzern eigentlich diskutiert worden? Wird die BEHALA im Westhafen eigentlich völlig verschwinden, oder wird das nicht der Fall sein? Wie sieht es im Rummelsburger Bereich aus? So könnte man jede einzelne Position durchgehen. Dabei stellt man auch fest, daß die Erschließung über die Schnellbahn nicht ganz so doll ist, wie sie hier beschrieben worden ist. Eine U-Bahn reicht eigentlich nicht für solche Sportanlagen; die S-Bahn müßte etwas näherliegen. Ich bin der Meinung, daß man auf diese Fragen heute Auskunft bekommen sollte.

V: Danke schön! - Frau Kollegin Fluhr, bitte!

Frau Abg. F l u h r (SPD): Herr Wittwer! Ich möchte zunächst einmal ganz kurz auf Sie eingehen. - (Abg. Wittwer: Ich dachte Sie gehen auf das ein, was hier drinsteht!) - Zunächst gehe ich auf Sie ein, und dann gehe ich auf das gesamte Paket ein. - Sie unterstellen, daß die ökologische Komponente, die hierin glücklicherweise sehr stark enthalten ist, nur mit Rücksichtnahme auf den Koalitionspartner erfolgt sei. Es erschüttert mich eigentlich, daß Sie in der heutigen Zeit noch nicht einsehen - wir haben diese Erkenntnis -, daß ökologischer Stadtumbau wichtiger ist denn je und auch nur aus diesem Grund vorgenommen wird. Aufgrund der negativen Erfahrungen anderer Städte steht das auch so in dem Papier.

Ich kann auch nicht verstehen, daß Sie zum Beispiel - weg vom Ostteil der Stadt - in vorhandene Gebäude, die im Westteil der Stadt stehen, ausweichen möchten. Ost-Berlin wird stark von dem, was durch Olympia neu gestaltet werden kann, profitieren. Wir sollten auch weiterhin im Auge behalten, daß gerade der Ostteil der Stadt durch die Olympiade bzw. nach deren Ende profitiert.

Und "zu spät": Da bin ich doch sehr erstaunt. Ich finde, daß die Arbeit sehr zügig und schnell vorangeht. Dieses "zu spät" kann ich eigentlich nur so interpretieren, daß es für uns und für unsere heutige Diskussion zu spät ist; da gebe ich Ihnen allerdings Recht.

Nun möchte ich auf das Gesamtpaket eingehen und Ihnen sagen, was mir dabei aufgefallen ist. Begrüßenswert ist es natürlich, daß dadurch mehr Wohnraum geschaffen wird, und zwar schneller, als es wahrscheinlich sonst der Fall wäre. Für mich stellt sich allerdings die Frage: Was wird das für ein Wohnungsbau sein? Kommt er nur den besser Verdienenden zugute? Wird es sich um einen frei finanzierten Wohnungsbau handeln, oder wird es eine Mischform geben, so, wie wir im allgemeinen hier in Berlin den Wohnungsbau vorantreiben, also auch im ersten Förderweg, dem sozialen Wohnungsbau. Dann sind mir auch die Flächenkonflikte aufgefallen, die sicherlich mit anderen Investoren anstehen. Wie lassen sich diese lösen? Will der Senat bereits jetzt die notwendigen Grundstücke erwerben oder versuchen, diese zu erwerben? Denn heute ist

es ja so: Wer zuerst kommt, der mahlt zuerst, und Flächenbedarf ist vorhanden.

Dann ist mehrfach der Konflikt in den Bereichen mit Altlasten angesprochen worden, zum Beispiel die Rummelsburger Bucht, der Westhafen usw. Ich habe ein wenig Probleme damit, wenn ich sehe, daß in zehn Jahren die Olympiade stattfinden soll, und mich frage, wie man dieses Altlastenproblem in doch relativ kurzer Zeit in den Griff bekommen will. In diesem Zusammenhang denke ich auch, daß im englischen Militärbereich - nicht zu Unrecht - Altlasten vermutet werden. Meine Frage: Könnte man mit den Alliierten, die die Stadt in Kürze verlassen werden, eine Übereinkunft finden, daß bereits jetzt mit Hilfe des britischen Militärs Untersuchungen vorgenommen werden, um Zeit zu sparen?

Dann frage ich bezüglich des Finanzrahmens, wie die Erfahrungen in anderen Ländern oder zum Beispiel in München waren. Im Papier steht, daß eine 50-prozentige Beteiligung durch den Bund angestrebt wird. Wie realistisch ist das? Ich gehe nicht so weit, zu sagen: Wenn wir unter dem Strich jetzt ein Minus machen, dann darf die Olympiade nicht stattfinden, sondern man muß auch sehen, was dafür entstanden und später nutzbar ist und welche Vorteile man hat.

Ein wenig stutzig wurde ich auf Seite 14 - Fernverkehr -, daß die vorhandenen Kapazitäten für den Luft- und Straßenverkehr ausreichen. Da habe ich ein großes Fragezeichen zu machen, denn da gibt es ja jetzt schon immense Belastungen, die dann erheblich verstärkt würden. Da hätte ich auch gern eine Antwort. Ansonsten darf ich für meine Fraktion sagen, daß wir die Olympiade begrüßen, daß wir sie nach Berlin holen möchten. Die Olympiade dauert nur zwei oder zweieinhalb Wochen, und ich sehe auch die Vorteile für diese Stadt danach, was an zusätzlichen Einrichtungen geschaffen wurde, was dann genutzt werden kann. Die zehn Jahre erzeugen sicherlich einen Druck, den - wie ich meine - manch eine Senatsverwaltung gut gebrauchen kann, um dann vielleicht schneller voran zu kommen. - Danke schön!

V: Danke schön, Frau Kollegin! - Herr Kollege Dr. Statz!

Abg. Dr. S t a t z : Lassen Sie mich, bitte, zunächst betonen, daß ich es gut finde, daß wir nun in der Lage sind, auf der Grundlage eines ganz konkreten Konzepts die Konsequenzen und eben auch die Voraussetzungen dieser Olympiaplanung zu diskutieren, weil eine allgemeine Diskussion darüber, ob man dafür oder dagegen ist, meines Erachtens gar nicht sinnvoll ist und ich diese Art von Debatte hier auch überhaupt nicht führen will. Die Kollegin Fluhr hat bereits eine ganze Reihe von konkreten Fragen angesprochen, die mir auch auf der Zunge lagen, und ich harre da erst einmal der Antwort, um im Zweifelsfalle noch einmal nachzufragen, wenn sich in meinen Augen eine solche Nachfrage als notwendig erweist.

Ich möchte aber zuvor noch auf ein ganz grundlegendes Problem hinweisen, und da hätte ich wirklich gern eine präzise Auskunft: Der Chef der Senatskanzlei hat hier deutlich gemacht, daß in seiner Einschätzung und auch in der Einschätzung der Mehrheit des Senats jetzt eine solche Planung verabschiedet werden müsse, weil man ansonsten mit der Bewerbung Probleme bekäme. Ich muß Ihnen gestehen, Herr Schröder, daß ich das nicht so sehe, sondern daß ich glaube, daß ein Vorschlag, der einer breiten Diskussion in der Stadt unterlegen hätte, die gleiche Funktion der Außenwirksamkeit erfüllt hätte und gleichzeitig dem Parlament - und das kritisiere ich sehr deutlich - die Möglichkeit gegeben hätte, darüber im Detail zu befinden, weil das, was wir hier im Augenblick machen, meines Erachtens mit einem wirklich demokratischen Procedere nicht mehr viel zu tun hat. Wir bekommen eine sehr komplizierte Vorlage, zu der wir jetzt Fragen stellen können, wo wir aber nicht in der Lage sind, auch wenn jetzt die Fragen beantwortet werden, uns wirklich eine abschließende Meinung zu bilden. Das ist das Dilemma, in dem wir im Augenblick hier auch stehen, daß wir jetzt natürlich eine Sachdebatte führen, die Einschätzung und die Auswertung dieser Sachdebatte aber eigentlich nicht in der gleichen Sitzung stattfinden könnte. Da sehe ich ein wirkliches Problem der demokratischen Umgehensweise mit dieser Vorlage.

Es kommt ein zweites hinzu: Ich glaube, daß die Konsequenzen der Olympischen Spiele für die Stadt so gravierend sind, daß es meinem Demokratieverständnis wirklich entsprochen hätte, wenn das erste Gesamtberliner Parlament darüber befunden hätte, gerade auch dann in einer politischen Situation, wo z.B. größere Klarheit über die Frage Hauptstadt und Regierungssitz bestünde, weil ich davon ausgehe, daß etwa im Bereich der Bautätigkeit eine Addition von beidem wirklich zu einem Problem führt, abgesehen davon, daß dann die Planungen natürlich wirklich aufeinander abgestimmt werden müßten. In der Vorlage ist der Hinweis darauf - an einigen Standorten abzustimmen mit der Hauptstadtplanung - meines Erachtens natürlich nicht genügend Diskussionsgrundlage.

Ich möchte aber zu diesem Zeitfaktor noch etwas sagen, weil ich nach der gründlichen Lektüre dieser Vorlage erhebliche Bedenken habe, daß die Zeitvorgabe im Jahr 2000 eingehalten werden kann. Es

gibt in der Vorlage verschiedentliche Hinweise darüber, daß man nun - und Sie haben das eben auch gesagt, Herr Schröder - bis 1993 ein Konzept vorweisen müsse, sei es die Baugrube, sei es der Beginn an den vier Standorten, die vorgesehen sind. Dazu sage ich gleich noch etwas, das möchte ich jetzt nicht in der ersten Runde sagen. Ich frage mich - und das ist eine konkrete Frage an die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung -, ob es überhaupt möglich ist, was als Versprechen auf Seite 11 der Vorlage steht: daß eine Standortbewertung gerade unter landschaftsplanerischen Gesichtspunkten bis spätestens 1992 abgeschlossen sein müsse. Das steht dort wörtlich. Ich habe meine Zweifel, ob das auch möglich ist, und möchte gern wissen, wie das denn denkbar ist. In den gleichen Themenkomplex gehört meines Erachtens, daß ja bei einigen Standorten auch in erheblichem Maß die Flächennutzung neu diskutiert, möglicherweise der Flächennutzungsplan geändert werden muß und eine Bürgerbeteiligung bei der Bauplanung gesichert sein muß. Ich hätte gern von Seiten der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen eine Auskunft darüber, wie sie sich denn vorstellt, wie die Bauplanung wirklich unter den Vorzeichen einer demokratischen Planungskultur, die der rot-grüne Senat sich ja zum Ziel gesetzt hat, eingehalten werden soll, das heißt, ich möchte wissen, etwa an einem oder zwei Standorten, wo der Baubeginn schon für 1993 geplant ist - wenn man das plant, muß man das ja wissen, ich denke nicht, daß ich die Verwaltung damit überfordere -, wie denn die konkrete Bauplanung bis zum Jahre 1993 in diesem Punkt aussieht. Ich will nicht verhehlen, daß ich eine generelle Befürchtung habe, die hinter dieser Frage steht, und diese Befürchtung liegt darin: Ich habe Angst, daß Mitte der 90er Jahre die Bauplanung unter den bestehenden Bedingungen der Bürgerbeteiligung überhaupt nicht mehr realisierbar ist und daß dann so etwas wie eine Lex Olympia auf uns zukommt, das heißt, eine Einschränkung der Bürgerbeteiligung bei der Bauplanung, weil sonst der Zeitpunkt 2000 überhaupt nicht mehr zu halten ist. Ich hätte ganz gern diese Befürchtung ausgeräumt durch Äußerungen des Senats darüber, wie diese zeitlichen Vorgaben eigentlich auszusehen haben.

Ich möchte einen dritten Punkt nennen: Ich hätte ganz gern auf einer allgemeinen Ebene gewußt, wie denn die Olympiaplanung in andere Planungen, was Hauptstadtplanung angeht, eingebettet ist, auch was die Investitionsplanung des Senats angeht, weil ja eine Reihe von Bauvorhaben schon sehr früh geplant sind, und ich wüßte ganz gern, ob das auf die Investitionsplanung im Schul- oder im Kitabereich oder im Bereich des Baues von Sportstätten Auswirkungen hat. Ich will es mit diesem grundsätzlichen Komplex erst einmal bewenden lassen. Ich würde dann gern zu einzelnen Problemen später noch etwas sagen.

V: Ja, besten Dank! Jetzt müssen wir uns erst einmal über den Fortgang der Diskussion klar werden. Ich habe jetzt im Moment drei weitere Wortmeldungen vorliegen. Ich würde sie auch ganz gern mit Blick auf die Uhr abarbeiten, weil es sich erfahrungsgemäß ganz wesentlich verlängert, wenn man immer gleich antwortet. Das setzt allerdings voraus, daß notiert wird, weil das sonst in der

Beantwortung gar nicht abgearbeitet werden kann. Wird meinem Vorschlag gefolgt? - Dann würde ich in der Rednerreihenfolge fortfahren und anschließend dem Senat das Wort geben. - Gut! - Herr Kollege Behrendt!

Abg. B e h r e n d t (SPD): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich hier noch einmal auf den ökologischen Bereich beschränken und dazu einige Fragen stellen. Zunächst einmal muß ich sagen: Wenn man das liest, hat man ja prima vista so den Eindruck, hier wird das Wort Ökologie groß geschrieben und machen die Planer wirklich ernst mit dem, was wir als Motto über den Stadtentwicklungsbereich geschrieben haben, nämlich den ökologischen Stadtumbau. Allerdings habe ich ein bißchen Besorgnis, daß alles das, in der Form wie es hier angesprochen wird, dann im Detail doch nicht so ganz realisiert werden kann. Wenn ich hier lese, daß man insbesondere Wert auf die Sicherung gefährdeter landschaftlicher Freiräume legt, daß es um einen schonenden Umgang mit bestehenden Landschaftsräumen geht, daß vorsorgender Umweltschutz betrieben wird und daß hier dauerhafte Umweltentlastungen erreicht werden, dann, denke ich, muß das auch am konkreten Fall dargestellt werden, wie das zu leisten ist und wie das insbesondere innerhalb des Zeitrahmens zu leisten ist. Ich kann auch gleich an das anknüpfen, was soeben hier gesagt wurde. Mich interessiert auch, wenn hier gesagt wird, es sollen detaillierte Standortbewertungen zur Ermittlung des Gefährdungspotentials, gerade was Altlasten betrifft, durchgeführt werden, innerhalb welchen zeitlichen Rahmen sie durchgeführt werden sollen, und inwieweit dann auch gesichert ist, daß zu dem Zeitpunkt, wo diese Standortbewertungen abgeschlossen sind, die entsprechenden Mittel für die Sanierung dann bereitstehen.

Zum anderen möchte ich mich insbesondere auf das Olympia-Dorf konzentrieren, inwieweit auch da dieses Konzept der Umweltverträglichkeitsprüfung Anwendung finden wird, denn das ist ja ein nicht ganz unsensibler Bereich. Wir haben dort in der Nähe zwei Naturschutzgebiete, die Murellenschlucht und die Fließwiese, wir haben dort Waldgebiete. Mich würde einmal interessieren, ob dieses Olympia-Dorf so, wie es hier konzipiert ist, realisiert werden kann, ohne daß hier Eingriffe in Natur und Landschaft erforderlich sind, ohne daß es hier zu Umwidmungen von Forstgebiet kommt. Insbesondere würde mich dann auch interessieren: Wenn von diesem Standort die Rede ist, wird ja immer gesagt, daß sei einmal der Bereich, der z.Z. von den britischen Truppen für Übungszwecke benötigt wird, und zum anderen handelt es sich hier um das Polizeiübungsgelände. Ist schon mit der Polizei abgesprachen, inwieweit hier Nutzungsveränderungen im Bereich der bisherigen polizeilichen Nutzung erforderlich sind.

V: Danke schön! - Herr Kollege Kliche!

Abg. K l i c h e (SPD): Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal sehr bewußt sagen, daß wir die Olympischen Spiele im Jahr 2000 begrüßen. Natürlich begründet dieses Konzept, so wie es uns vorliegt, eine Reihe von Fragen. Ich glaube aber, wir sollten

heute nicht so kleinlich diskutieren, sondern wir sollten uns erst einmal die Möglichkeiten bewußt machen, die diese Olympischen Spiele der Stadt für die Zukunft bieten. Das ist zum einen, daß wir zusätzlich Finanzmittel in die Hand bekommen, um wichtige Strukturmaßnahmen im Bereich Verkehrsplanung, im Bereich Wohnungsbau, im Bereich Sportstättenbau durchzuführen und insbesondere damit auch die Gleichwertigkeit der doch sehr unterschiedlich strukturierten Bezirke, gerade im Innenstadtbereich, herzustellen. Zum anderen möchte ich sagen: Selbstverständlich wird sich ein Gesamtberliner Parlament in der nächsten Zeit damit beschäftigen müssen. Ich bin sogar der Meinung, das wird wahrscheinlich auch einen eigenen Ausschuß im Parlament bedeuten, wenn wir wirklich im April 1991 den Zuschlag erhalten. Wir geben ja immerhin für die Werbung - wenn ich es richtig gesehen habe - rund 70 Millionen DM aus. Es wird für die Werbung zumindest so viel ausgegeben, bis ein Film und alle möglichen Werbeträger dann vorhanden sind, um wirklich vom NOK den Zuschlag zu erhalten. Nach der letzten Entscheidung für die Olympiade in Atlanta stehen die Chancen für Berlin sehr günstig.

Jetzt komme ich zu meinen Fragen, wie sie sich global ergeben. Hier werden natürlich verschiedene Olympiastandorte - Stadien und ähnliches - bereits festgelegt, aber diese Festlegung geschieht schon im Rahmen anderer Ereignisse, die im Vorfeld der Olympiade stattfinden - Europameisterschaften, Weltmeisterschaften in einzelnen Sportgebieten. Meine Frage ist: Wird diese Planung dann auch so realisiert im Hinblick auf die Veranstaltungen wie z.B. Weltmeisterschaften, Europameisterschaften, die ja 1995 und danach stattfinden sollen, oder wird dann zumindest für die sportlichen Einrichtungen eine Einschränkung erfolgen. Die zweite Frage ist: Welche Möglichkeiten und welche Zukunftschancen sieht eigentlich der Senat hinsichtlich des sozialen Aspekts dessen, was die Olympiade bringt, hinsichtlich Wohnungsbau, hinsichtlich Beseitigung des vorhandenen Sportflächendefizits oder auch anderer Möglichkeiten: Ausbildung, Weiterbildung, zusätzliche technologische Möglichkeiten? - Falls wir den Zuschlag erhalten, welche Möglichkeiten zur Weiterentwicklung sieht der Senat eigentlich in der Folge?

V: Danke schön! - Kollege Wittwer!

Abg. W i t t w e r : Ich will noch einmal auf den Grundsatz eingehen. Selbstverständlich sind wir auch der Meinung, daß die Olympiade 2000 in Berlin durchgeführt werden muß. Insofern würde ich Ihre Anmerkungen zu dem Termin, Herr Statz, nicht ganz so sehen. Wenn man etwas will, kann man es auch zügig machen, ohne daß man die Bürger wegbügelt oder Naturschutzfragen unter den Teppich kehrt. Das ist eine Frage der Sorgfalt und der stringenten und konsequenten Arbeit. Nur zu dem, was jetzt hier drinsteckt, habe ich einige konkrete Fragen. Das will ich noch einmal formulieren. Die Frage ist eben: Ist denn dieser Olympia-Expres, der ja ein ganz tragendes Element dieser Olympiavorstellung ist, mit der Reichsbahn besprochen? - Ist es richtig, daß man bei einem derartigen Konzept nur auf eine Linie abstellt, nämlich nur

auf den Nordring? - Damit hängt auch die Frage zusammen, die ich vorhin gestellt habe. Ist es nicht sinnvoll, jetzt schon Ausweichlösungen für Sportanlagen oder Wohnanlagen zu haben, bei denen es möglicherweise schwierig werden könnte aus Gründen von Bodenbelastungen oder anderer Argumente, die kommen könnten?

- Ist es nicht richtiger, den ohnehin bis dahin ausgebauten Südring in die Überlegungen miteinzubeziehen?

Ich wünsche natürlich - Frau Fluhr, das ist vielleicht falsch verstanden worden - , daß man möglichst schnell im anderen Teil der Stadt zu einer Qualität kommt, die mit der vergleichbar ist, die wir hier haben. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel. Bloß, man kann es nicht allein an einer solchen Sache aufhängen. Die Sportanlagen müssen sowieso saniert werden. Darüber sind wir uns doch sicher einig! Man kann es aber nicht allein hieran aufhängen, denn: Was funktioniert davon wirklich? Deswegen, meine ich, ist es etwas gefährlich, sich ausschließlich - es ist ja alles schön sauber aufgezählt - auf eine solche einseitige Sache einzulassen, wie z.B. den Olympia-Express in dieser Form. Das ist eine tolle Idee! Ich finde sie hervorragend, aber man muß sich klarmachen, daß neben einer Olympiade, die soundsoviel zehntausend Leute in die Stadt bringt, unabhängig davon die Stadt auch noch funktionieren muß. Die meisten Leute sind nämlich nicht als Zuschauer bei der Olympiade, sondern die sind woanders, die arbeiten. Sie meinen, die fahren dann nach Mallorca. Es wird sogar welche geben, die das tun, schon um Zimmer bereitzustellen. - Deshalb, meine ich, ist das Konzept vorzeitig auf eine ganz bestimmte Leitidee verengt. Wenn diese Leitidee zusammenbricht, ist das andere auch weg.

V: Danke schön, Herr Kollege Wittwer! - Frau Senatorin für Stadtentwicklung und Umweltschutz!

Frau Sen Dr. S c h r e y e r : Danke schön, Herr Vorsitzender! - Meine Damen und Herren, ich möchte die Fragen, die in die Zuständigkeit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz fallen, beantworten und dann Frau Volkholz und Herrn Schröder bitten, die anderen Fragen zu beantworten. Es sind ja jetzt hauptsächlich Fragen gestellt worden, inwieweit die einzelnen Standorte in der Planung schon weitergehend sind, als das in diesem Konzept zum Ausdruck kommt, und es sind ja insbesondere auch Fragen gestellt worden zu der Problematik der Altlasten, die insbesondere an den genannten Standorten zu vermuten sind. Ich kann diese Fragen in der Tat zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschließend beantworten, sondern nur in dem Sinne mehr Informationen dazu geben, als in der Vorlage enthalten sind.

Ich möchte beginnen mit der Frage von Herrn Wittwer zur Nutzung des Westhafens. Es ist richtig, daß der Westhafen jetzt an einer Bundeswasserstraße und nicht mehr an einer Reichswasserstraße liegt, und daß die bisherigen Planungen des BMV, jetzt allerdings auch nicht im Sinne festgestellter Planung, sondern mehr im Sinne von informellem Austausch, dahin gehen, daß beispielsweise der Berlin-Spandauer-Schiffahrtskanal für Europa-Schiffe ausgebaut

werden sollte. Aber Herr Wittwer, darüber hatten wir uns schon einmal ausgetauscht. Ich habe in Erinnerung, daß Ihre Fraktion die gleiche Position vertritt, daß eben der Spandauer Schiffahrtskanals nicht weiter ausgebaut werden sollte. Dennoch ist genau dieses zu hinterfragen, inwieweit der Westhafen nicht weiterhin Umschlagplatz und Lagerplatz sein soll. Das ist eine der wesentlichen großen Fragen, die geklärt werden müssen, weshalb ja auch in dem Konzept genau vorgesehen ist, daß diese Fragen sehr zügig geklärt werden sollen, weil die Standortsicherung, die notwendig ist, bis 1993 eine Entscheidung des IOC gefallen ist, sich möglichst nicht auf viele Flächen, sondern nur auf die realistischen Flächen beziehen sollte.

Zu dem Olympia-Expresß und den Sportstätten bitte ich, daß Sie dazu gleich Ausführungen machen. Für den weiteren Wohnungsbau ist der Standort Heerstraße als eine Alternative vorgesehen, Herr Wittwer. Es ist in der Tat ja so, daß dieser Standort bereits in lockerer Bebauung bebaut ist, teilweise in sehr schöner Bebauung, so daß hier abzuwägen ist, ob dieser Standort in der Tat so viel Wohnungsbau hergibt, daß man da evtl. Abrisse machen sollte. Ich sehe das als sehr problematisch an. Auch das gehört in die Abwägung der Alternativen hinein.

Frau Fluhr, sie hatten nach den Altlasten auf den jetzt noch in der Nutzung der Alliierten befindlichen Flächen gefragt, insbesondere zu Ruhleben. Es hat teilweise von Seiten meiner Verwaltung bereits einzelne Untersuchungen auf Flächen der Alliierten gegeben. Es kann erwartet werden, daß auch in Ruhleben auf dem Schießplatz eine Kontamination vorliegt. Allerdings ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu erwarten, daß sie gravierend ist. Von seiten der britischen Alliierten - Schutzmacht ist ja wohl jetzt der falsche Ausdruck - hat es bisher keine Zusagen gegeben, ihrerseits eine Altlastenuntersuchung zu machen, im Gegensatz zu den Amerikanern, die diese Untersuchungen machen und dementsprechend auch einen Teil der Sanierungsmaßnahmen vollziehen wollen. Es ist natürlich in dem Sinne eine - wenn man so will - Rüstungsaltpaste, die in die Zuständigkeit des Bundes fallen würde, die aus den Besatzungskosten zu bezahlen ist. Darüber müssen dann, wenn hier Sanierungen notwendig sind, Verhandlungen geführt werden. Die Kosten der Altlastenuntersuchungen auf den verschiedenen Standorten - nicht nur Ruhleben, Ruhleben ist am wenigsten problematisch, sondern im Westhafen, und der ist voraussichtlich weniger problematisch als die Rummelsburger Bucht oder Eldenaer Straße - sind bisher in der Vorlage nicht geschätzt worden, auch nicht die Untersuchungskosten. Die Sanierungskosten kann man zum gegenwärtigen Zeitpunkt, wenn man keine Untersuchungen gemacht hat, natürlich überhaupt nicht abschätzen. Aber es ist zu erwarten, daß sie bei der Rummelsburger Bucht nicht unerheblich sein werden.

Ich halte es aber - damit komme ich auf die Fragen von Herrn Statz - für unabdingbar, daß diese Vorlage schnellstens im Hinblick darauf konkretisiert wird, was an Mitteln tatsächlich notwendig ist, um die Standortabwägung so zügig wie möglich,

nämlich wie hier als Ziel gesetzt, bis 1992 vornehmen zu können. An diesem Punkt halte ich die Vorlage in der Tat für defizitär, denn es müssen einfach die Mittel und auch die personellen Mittel bereitgestellt werden, wenn tatsächlich das Ziel, daß die Standortabwägungen und -untersuchungen bis 1992 erfolgt sein sollen, erreicht werden soll. Ich darf hinzufügen, daß zum Teil diese Aufgaben nicht von einer Olympia GmbH übernommen werden können, weil beispielsweise Sanierungsanordnungen eine Ordnungsaufgabe sind; sie müssen von der zuständigen Verwaltung gemacht werden und können nicht delegiert werden.

Zu der Bauplanung - Sie hatten gefragt, Herr Statz, diese zeitlich im Hinblick auf das Jahr 2000 eingehalten werden kann - ist in der Beschlußfassung des Senats enthalten, daß die Aufstellung von Bebauungsplänen, Landschaftsplänen, landschaftspflegerischen Begleitplänen sowie die Durchführung von Planfeststellungsverfahren - leider ist in die Vorlage hineingekommen: "gegebenenfalls" - erforderlich sind, aber ich sehe das mit als das Wichtigste an, daß es eben keine Lex Olympia innerhalb des ganzen Bauplanungsrechts geben wird, was aber wiederum nur zu verhindern ist, wenn jetzt die notwendigen Kapazitäten bereitgestellt werden, um sehr schnell die vorbereitenden Untersuchungen und Maßnahmen zu ergreifen.

Olympiaplanung eingebettet in die Hauptstadtplanung und in die Dienstleistungsplanung, Herr Statz, hatten Sie noch gefragt, und ich möchte auch noch BUGA-Planung hinzufügen, weil sie diesen Bereich am Lehrter Bahnhof schneidet. Eine direkte Berührung der Olympiaplanung mit der Hauptstadtplanung ist eigentlich nur in einem kleinen Bereich gegeben; dort, wo der Olympia-Expresß am Humboldt-Hafen entlangfährt. Ansonsten sind die Flächen nicht weiter in Anspruch genommen, außer Platz der Republik für Reitsport-Veranstaltungen. Hauptstadtplanung und Reitsport-Veranstaltungen an diesem Ort würden sich aber nicht unbedingt ausschließen.

Es wurde dann noch von Ihnen angeführt, inwieweit das Prioritäten für die I-Planung insgesamt hat. Das ist natürlich zutreffend. Dazu muß man sagen, wenn man Olympia 2000 haben will, dann muß es natürlich Einfluß auf die I-Planung insgesamt haben, das heißt, auf die Fragen: Welche Sportstätten werden vorrangig ausgebaut? Welche Wohnungsbaustandorte werden vorrangig in die Vorbereitung und dann später in die Realisierung hineingenommen werden? Insofern wird es eine schwergewichtige Aufgabe des Hauptausschusses werden, diese Investitionsschwerpunkte in Abstimmung mit anderen Planungen zu setzen.

Noch zu dem, was Herr Behrendt angesprochen hat, zum Olympiadorf, inwieweit hier ein Konflikt mit dem Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiet vorhanden sei: Die Wohnungsbauüberlegungen für das Olympische Dorf konfliktieren nicht direkt mit den Planungen von seiten des Bezirks Charlottenburg, hier Landschaftsschutzgebiet in Teilbereichen auszuweisen. Es wird schwieriger werden, was die Durchwegung des von den Briten jetzt

28 -48

Stadt 11/24
Umwelt 11/30
BauWohn 11/33
22. 10. 90

noch genutzten weiteren Geländes angeht, und es wird auch eine sehr schwierige Aufgabe werden, die vorgesehene temporäre Nutzung von Gemeinbedarfseinrichtungen, Infrastruktureinrichtungen, die dort errichtet werden sollen, wo gegenwärtig die Fighting City ist, so zu planen, daß damit kein großer Eingriff in Natur und Landschaft stattfindet. Die hier angedachten Flächenvorstellungen müssen, glaube ich, um diese Verträglichkeit herzustellen, in der Tat noch etwas reduziert werden.

V: Danke schön! - Herr Professor Schröder!

StS Dr. S c h r ö d e r : Ich möchte mit der Beantwortung der Fragen zur Trasse des Olympia-Expreszuges beginnen. Es ist nicht beabsichtigt, ihn auf der S-Bahn-Trasse fahren zu lassen, weil diese als Nahverkehrsmittel unverzichtbar ist, sondern für eine sehr temporäre Nutzung - das ist auch mit der Reichsbahn bereits besprochen worden - in erster Linie Teile der Gleisanlagen der Güterzüge für diesen Expresz so in Anspruch zu nehmen, daß er andere Verkehrsabläufe nicht behindert und nur für eine begrenzte Zeit zur Verfügung steht. Der Olympia-Expresz wird keine Dauereinrichtung, sondern nur für diese Zeit nutzbar und auch entsprechend hergerichtet, so daß die befürchteten Eingriffe nicht erfolgen. Die Reichsbahn ist darauf bereits angesprochen worden.

Zur Frage nach dem Südring: Warum ist alles auf einen Bereich konzentriert? Der Senat hat sich von dem Eindruck leiten lassen, daß in dem vereinigten Berlin in den nächsten Jahren allemal eine sehr starke Südentwicklung erfolgen wird - nicht zuletzt bestimmt durch den geplanten Flughafen weit im Süden Berlins und die erwünschte Verlagerung von Verkehr nach Schönefeld im Zuge einer Herrichtung der Anlage in Schönefeld. Die Gebiete, die durch das Olympia-Programm besonders berührt werden - und das ist Absicht und auch politische Grundkonzeption -, sind vor allem im Nordosten gelegene und im Norden angrenzende, sehr problematische Bereiche, die neue Anstöße für die weitere Entwicklung dringend benötigen. Das ist die Konzeption, und das sehen Sie auch in dieser Führung hier. Mit einer alternativen Planung nach Süden wäre dieser stadtentwicklungspolitisch gewünschte Effekt gerade nicht zu erreichen. Es ist richtig, daß sich damit die Berliner Politik eine große Aufgabe gestellt hat, deren Bewältigung erhebliche Anstrengungen erfordert. Aber anders als mit außergewöhnlichen Anstrengungen ist dem Zustand, in dem gerade diese Gebiete sich befinden, auch nicht beizukommen.

Ich muß jetzt immer darauf achten, daß ich nichts wiederhole, was hier gesagt wurde. Ich komme zum Wohnraum: Es ist daran gedacht, diesen Wohnraum vor allem im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau - also im 1. Förderungsweg - herzustellen und ihn hinterher auch entsprechend zu nutzen. Flächenkonflikte - und damit knüpfe ich an die wiederholt gestellte Frage an - sind an verschiedenen Stellen nachweisbar. Es handelt sich allerdings in hohem Maße um öffentliches Eigentum, das Berlin und dem Bund gehört. Dabei gibt es aufgrund der unklaren Eigentumsverhältnisse in der vormaligen DDR und in Ost-Berlin, etwa im Rummelsburger Bereich, noch erheblichen Aufklärungsbedarf, der aber allemal in den nächsten Monaten zu leisten ist, um eine geordnete Verwaltung in Berlin herzustellen. Aber ganz überwiegend handelt es sich hier um öffentliches Eigentum, so daß die Konflikte durchaus lösbar erscheinen.

Frau Abg. F l u h r : Ich dachte z. B. - wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf - auch an die sicherlich wichtigen Begehrlichkeiten von Senator Mitzscherling.

StS Dr. S c h r ö d e r : Darüber hat es im Senat ein Gespräch

und eine Klarstellung gegeben, wie diese Flächenansprüche miteinander ausgeglichen werden können. Das ist nicht hoffnungslos.

Der Finanzrahmen geht davon aus, daß 50 % vom Bund aufgebracht werden. Das haben Sie gelesen und nach den Gesprächen, die bereits mit dem Bundesinnenminister geführt worden sind, ist dieses auch nicht unrealistisch. Was zum Fernverkehr gesagt worden ist, ist nicht so zu verstehen, daß sich diese Aussage auf den heutigen Zustand des Fernverkehrs bezieht, sondern auf den Zustand, der nach normalen Entwicklungs- und Planungsabläufen im Jahre 2000 erreicht sein wird. Dann werden wir die Schnellbahn haben, dann werden wir die Strecke in Richtung Frankfurt erheblich ausgebaut haben, dann wird die Hamburger Strecke in einem anderen Zustand sein, auch die innerstädtische Verteilung weitaus besser entwickelt, und dann wird auch die Kapazitätsfrage in Schönefeld nicht mehr so zurückhaltend zu beantworten sein, wie im Augenblick es notwendig ist.

Der Senat meint - und damit komme ich zur Frage von Herrn Statz -, damit nicht die Diskussion zu verkürzen, sondern ihr überhaupt erst einmal eine Grundlage zu geben, indem er ein Rohkonzept vorlegt und in die Diskussion bringt; und es nicht nur dem Abgeordnetenhaus zur Kenntnis bringt - was ja auch noch eine Möglichkeit gewesen wäre -, sondern zur Beschlußfassung und damit zu einer intensiven Auseinandersetzung - allerdings unter den zeitlichen Vorgaben, die sich aus den nicht von Berlin zu steuernden Abläufen ergeben. Der eigentliche Planungsprozeß beginnt im Anschluß daran, und der Senat hat die Vorbereitung getroffen, um ein entsprechendes Planungsinstrumentarium dann auch zur Verfügung zu haben. Das Gesamtberliner Parlament wird sich damit in großem Umfang auseinandersetzen müssen. Weshalb auf ein Gesamtberliner Parlament nicht gewartet werden konnte, hoffe ich, deutlich gemacht zu haben. Diese Probleme ergeben sich aus den Zeitabläufen beim Nationalen Olympischen Komitee, nämlich Mitte April 1991. Die entsprechenden Vorbereitungen wären nicht mehr gesichert, wenn man erst etwa im März 1991 anfangen könnte. Dann gibt es die Wettbewerbe, und die Lage dort ist zu berücksichtigen.

Die Ökologie im konkreten Fall darzustellen wird eine ständige Aufgabe bleiben. Das wird bei der Ausführung der Planung zu berücksichtigen sein. Zur Nutzungsänderung für das Polizeigelände wurde nachgefragt. Ich kann dazu bemerken: Der Senator für Inneres hat Kenntnis von der Vorlage und sie im Senat mitgetragen. Die Festlegung der Herrichtung von Stadien erfolgt in Abstimmung mit dem Vorprogramm, das in der Anlage zu 4, S. V b, abgedruckt ist. Das scheinen mir die Fragen zu sein, die noch zu beantworten waren.

Vors. S i m o n : Besten Dank, Herr Dr. Schröder!

(Unterbrechung der Aussprache zu TOP 1 von 16.08 bis 16.17 Uhr)

Vors. S i m o n : Das Wort hat zunächst die Senatorin für Schule, Berufsbildung und Sport. Bitte schön, Frau Volkholz!

Frau Sen V o l k h o l z (SchulSport): Ich bin heute mehr wegen des Sports hier, jedenfalls nicht wegen des Bauproblems. Ich möchte auch nur zu zwei Punkten eine kurze Ergänzung anschließen. Eine Frage hatte sich auf die Planung der Veranstaltungsreihe bezogen, wie weit diese realisierbar ist. Ich halte dies dann für realisierbar, wenn die notwendigen Finanzen - wie bei andern Spitzensportereignissen auch üblich - zusätzlich in den Haushalt eingestellt werden. Ich gehe davon aus, daß die Finanzplanung, wie sie hier dranhängt, dieses vorsieht, so daß andere Veranstaltungen dadurch nicht gefährdet werden. - (Abg. Kliche, SPD: Zwischenfrage: Das gilt natürlich auch für die rechtzeitige Fertigstellung der Sportstätten bis 1995 und früher?) - Ja. Ohne Sportstätte können Sie natürlich diese Veranstaltungen nicht durchführen.

Zum zweiten jetzt noch einmal zum Verfahrensgang des Bewerbungsverfahrens insgesamt und zu der Frage, ob die Beschlußfassung in diesem Zeitraum - so wie sie hier vorlag - notwendig gewesen wäre. Ich hätte auch noch einen anderen Zeitrahmen für möglich gehalten, ohne daß die Bewerbung Berlins damit in Frage gestellt worden wäre. Ich denke, daß sowohl die Gründung einer GmbH wie auch die weitere Fortführung zunächst des Olympia-Büros und dann der GmbH in diesem Konzept möglich gewesen wäre, wenn sich Senat und jetzt auch Parlament damit begnügt hätten, eine zustimmende Zurkenntnisnahme vorzulegen, ohne sich schon weitgehend auf dieses Konzept zu verständigen bzw. festzulegen. Das NOK wird im Mai/Juni über die Bewerbung einer Stadt - ob Ruhrgebiet oder Berlin - entscheiden. Es wäre auch möglich gewesen, daß ein Gesamtberliner Parlament dann im März oder April diese Beschlußfassung letztendlich entschieden hätte. Ich denke, daß natürlich auch die Zurkenntnisnahme dieses Konzeptes möglich gewesen wäre, ohne vorab die Beschlußfassung schon zu vollziehen. Ich hätte diesen Gang auch für wünschenswerter gehalten, weil natürlich auch in der Öffentlichkeit in der Bevölkerung der Diskussionsbedarf und der Diskussionsanreiz größer ist, wenn nicht schon vorab im Parlament der Beschluß gefaßt wird, sondern erst die Diskussion geführt wird, ein bestimmtes Konzept als Grobkonzept zur Kenntnis genommen wird mit dem Auftrag, gerade an den problematischen Feldern weiterzuarbeiten und danach - auch mit einer größeren Öffentlichkeit - in einem neugewählten Gesamtberliner Parlament die Beschlußfassung zu vollziehen.

Vors. S i m o n : Besten Dank. - Herr Gaudszun, bitte schön!

Abg. Dr. G a u d s z u n (SPD): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es geht heute - und ich kann ja bei der Expertenlage im Ausschuß durchaus verstehen, daß hier schon über sehr detaillierte Probleme dieses vorgelegten Konzepts diskutiert wird - doch aber eigentlich um etwas anderes, nämlich um die grundsätzliche Entscheidung, ob sich die Stadt für Olympische Spiele bewerben soll oder nicht. Das ist doch der eigentliche Gegenstand dieser Beschlußvorlage. Es ist natürlich klar, daß man sich dabei

überlegen muß, ob Berlin überhaupt in der Lage ist, eine Veranstaltung dieser Größenordnung durchzuführen oder ob das nicht so ist. Die Beschlußvorlage hat ja eine Geschichte. Sie ist nicht in den letzten zwei Wochen als solche aus dem Nichts entstanden, sondern sie hat einen Vorlauf von sog. "Machbarkeitsstudien", wobei die sog. "West-Studie" schon seit Januar d. J. auch der Öffentlichkeit vorliegt. Es hat dann weiterhin die sog. "Ost-Studie" gegeben. Auch die liegt schon seit Monaten der Öffentlichkeit vor. Die Beschlußvorlage heute hat natürlich wesentliche Bestandteile dieses Vorlaufes in sich und ist auch per Senatsbeschluß damals so strukturiert gewesen, daß gesagt wurde: Dieses Olympia-Büro hat die Aufgabe, die Studien zusammenzuführen und daraus etwas für die ganze Stadt zu machen. Das ist jetzt geschehen.

Vor diesem Hintergrund muß man sagen: Es ist hier ein Rohkonzept vorgelegt worden. Ich habe von keinem Debattenredner - weder aus den Fraktionen noch vom Senat - grundsätzlich gehört, daß die Stadt Olympische Spiele nicht durchführen oder etwa auch nicht verkraften könnte. Denn das ist schon das Ergebnis der sog. "Machbarkeitsstudien" gewesen, daß eben in Berlin Olympische Spiele durchführbar sind. Es ist noch mehr gewesen. Es ist auch so - und das ist hier auch schon ausgeführt worden -, daß die Ergebnisse Olympischer Spiele in der Summe - bei allen kritischen Dingen, die hier angesprochen worden sind und auch noch angesprochen werden müssen - positiv sein werden. Die Äußerungen von Herrn Statz klangen ja so, als würde er wesentlich geringere Schwierigkeiten für die Olympiaplanung sehen, wenn das ganze Ereignis erst im Jahre 2004 - also vier Jahre später - stattfände, und daß das praktisch der entscheidende Hinderungsgrund für seine Zustimmungsfähigkeit wäre, dieser Studie und dieser Bewerbung an sich zuzustimmen.

Es geht also darum: Ist es möglich, bei der Entscheidung innerhalb von 10 Jahren alle Voraussetzungen zu schaffen, um Olympische Spiele durchzuführen? Und zum anderen muß man sich natürlich die grundsätzliche Entscheidung vorlegen: Bringt das unter dem Strich für die Stadt, d. h. also für die Bevölkerung, Vorteile? Ich meine, es ist hier eindeutig gesagt worden - gerade auch von Frau Senatorin Schreyer -, daß das innerhalb von 10 Jahren ohne eine Lex Olympia machbar ist, d. h. also ohne die demokratischen Entscheidungsvorläufe undemokratisch zu verkürzen, wenn man die nötige personelle und auch finanzielle Power dahintersetzt. Es ist auch zum Ausdruck gekommen, daß die Olympischen Spiele für Berlin unter dem Strich - insbesondere auch für die Bevölkerung - einen Vorteil bringen.

Wenn man diese Entscheidung jetzt trifft, dann trifft man sie für eine Bewerbung. Es gibt ein Konzept, auf dessen Basis man sagen kann: So wären Olympische Spiele möglich. Meiner Auffassung nach sagt das Konzept aber überhaupt nichts Praktisches aus, so daß es Unsinn wäre, wenn man heute und vielleicht auch am Mittwoch quasi einen Flächennutzungsplan vorbeschließt, der ganz exakt dieses Konzept beinhaltet. Die Zeitvorläufe sind m. E. noch knapper, als

sie dargestellt worden sind. Aufgrund der ganzen Kostenvorläufe beabsichtigt das NOK, die Entscheidung früher zu fällen. Ich denke, es muß jetzt die Vorentscheidung fallen, daß wir das aufgrund der drei Studien in Berlin für wünschenswert halten. Wir müssen jetzt sagen: Wir wollen hier Spiele durchführen, und wir halten das auch insgesamt zum Wohle der Bevölkerung für durchführbar. Die Detaildiskussion, der demokratische Planungsprozeß, die parlamentarische Auseinandersetzung mit den dann im Laufe der Zeit zu vollziehenden einzelnen Schritten und Maßnahmen muß ja ganz automatisch das Gesamtberliner Parlament führen. Da halte ich es in der Tat - Kollege Kliche, glaube ich, hat es angesprochen - für notwendig, daß dann tatsächlich ein spezieller Ausschuß des Parlaments in diesem riesigen Querschnittsbereich tätig wird. Ich meine also - ohne daß man sich jetzt in die sicherlich wichtigen Details dieser Vorlage verstricken sollte -, man sollte jetzt die Grundsatzentscheidung fällen: Berlin bewirbt sich für die Olympischen Spiele. Es ist in dem Rahmen von 10 Jahren möglich, demokratische Entscheidungsprozesse werden nicht verkürzt, und es kommt unter dem Strich auch etwas Positives für die Stadt heraus.

Vors. S i m o n : Besten Dank. - Ich habe jetzt fünf weitere Wortmeldungen, darunter vier Kollegen der Alternativen Liste. Ich will nur versuchen, ein bißchen zu sammeln, damit wir beratungsmäßig überhaupt noch zu einem vernünftigen Endergebnis kommen. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich würde vorschlagen, daß wir danach dem Senat das Wort geben und danach zur Beschlußempfehlung kommen, sonst kommen wir heute mit der Sache nicht mehr zu Rande. Können wir so verfahren? - Dann ist das so beschlossen. - Bitte schön, Herr Kollege Dr. Statz!

Abg. Dr. S t a t z : Ich möchte zum Prozedere nur bemerken: Es kann natürlich noch die eine oder andere Nachfrage geben, denn mein Interesse richtet sich darauf - bevor ich eine allgemeine Einschätzung der Bewertung dieses Konzeptes abgebe -, daß ich wissen will, womit ich mich befasse, worüber ich rede und worüber ich zu entscheiden habe. Ich bin im übrigen, Herr Vorsitzender, der Meinung, daß es dem Sportausschuß nicht das Genick brechen würde, wenn er etwa 20 Minuten später anfangen würde, denn wir haben ja den gleichen Tagesordnungspunkt zu behandeln. Ein Teil der Antworten ist mir zu allgemein, muß ich gestehen. Deshalb möchte ich noch einmal sehr viel konkreter nachfragen.

Die erste Nachfrage bezieht sich noch einmal auf das Problem Zeit-
horizont. Vielleicht kann die Senatorin für Stadtentwicklung und
Umweltschutz uns zumindest einmal eine Idee davon geben, wie das
etwa beim Westhafengelände dann aussieht, damit wir überhaupt
einmal eine Vorstellung davon haben, wie dieses Prozedere aussehen
soll. Welche zeitlichen Vorgaben existieren, um dieses Gelände
umzuwidmen, zu planen, um Ersatzstandorte zu suchen, um die Behala
zu verlegen? Ich kann mir das - weil ich kein Bauexperte bin -
nicht vorstellen, und ich denke, daß davon in der Tat auch die
Realisierbarkeit bis zum Jahr 2000 abhängt.

Der zweite Punkt, zu dem ich gern eine präzisere Auskunft haben

möchte - und wahrscheinlich ist die am ehesten vom Olympia-Büro zu geben -, ist: Was soll im Sommer 1993 eigentlich da sein, und was kann da sein? Womit will Berlin sich konkret bewerben? D. h., ist da eine Baugrube? Was ist bis dahin von der Bauplanung her abgeschlossen? Wie sind da die zeitlichen Vorläufe? Was ist in der Bewertung für die Bewerbung der politische Gehalt, mit dem man sich bewerben will? Ich möchte auch das sehr viel konkreter wissen, als es bislang benannt wurde.

Der dritte Punkt - auch da habe ich noch einmal eine Nachfrage an die Senatorin für Stadtentwicklung und Umweltschutz. Sie hat ja nun etwas vorsichtig gesagt, daß die Kosten der Untersuchungen über die Altlasten und deren Sanierungen nicht unerheblich wären. Nun gibt es in der Senatsvorlage Finanzvorgaben, die für diese Art von Gutachten für Umwelt und Verkehr für das Jahr 1991 600 000 DM, für das Jahr 1992 1,3 Mio DM beinhalten. Ich möchte die konkrete Frage stellen, ob das reicht bzw. ob sie Vorstellungen über die Größenordnungen hat, die - wenn es nicht reicht - eingesetzt werden müßten, um diese Untersuchungen auch wirklich durchführen zu können. Dabei möchte ich es erst einmal belassen. Danke schön.

Vors. S i m o n : Danke schön. - Herr Kollege Haberkorn!

Abg. H a b e r k o r n (GRÜNE/AL): Ich möchte ein paar Fragen anschließen und bin auch ganz froh, daß wir heute - wie es Herr Schröder formulierte - ganz intensiv noch einmal über diesen Komplex diskutieren können. Wir haben, glaube ich, auch noch vier Wortmeldungen, die zugelassen sind. An und für sich hatte ich mir für so eine Sitzung auch eher vorgestellt, daß nicht referiert wird, was in der Vorlage drinsteht, sondern daß gerade die unklaren Sachen, die in der Vorlage drinstehen, noch einmal erläutert werden. Die Frage, ob dieses Skelett mit Fleisch gefüttert ist oder ob diese Rohfassung derartig roh ist, daß keiner weiß, ob einem wie bei einem Hacksteak die Mahlzeit bekommt, weil das noch gar nicht durchgebraten ist. Was steckt eigentlich in diesem ganzen Teil drin? Das sollte Sinn und Zweck dieser Veranstaltung hier sein. Das ist hier heute schon fast eine Veranstaltung! Ich will im Grunde auch nicht über das Wohl und Wehe des Volkes referieren, weil auch dazu noch die Grundlage fehlt. Ich schließe einmal ein paar Fragen an.

Einmal: Wenn der Westhafen so unklar ist - es ist egal, ob sich jetzt noch einmal etwas überschneidet -, dann will ich wissen, wie wird dann nun geklärt und wann, in welchem Zeitraum, mit wem, ob der Westhafen Westhafen bleibt, oder der Westhafen zu einem Wohngelände umfunktioniert wird und was dazu alles nötig ist. Das ist das erste.

Zweite Sachfrage: Grünau. In Grünau - habe ich gehört - soll so etwas wie eine Betonwanne installiert werden, bei der Verlagerung der Strecke kilometerweit in eine bestimmte Richtung. An welchem Planungspunkt ist die Planung Grünau jetzt, was soll damit geschehen? Mehr ist in dieser Vorlage auch nicht darin, außer daß es nun Grünau ist.

Dann ist mir immer noch nicht klar, wenn Herr Schröder davon redet - was auch relativ klar ist -, daß der Olympia-Expresß nicht auf der S-Bahn-Trasse, sondern daneben läuft: Heißt das, daß sonst diese Olympia-Trasse nicht oder nicht in diesem Umfange extra gebaut würde, und wofür wird sie anschließend genutzt? Welches sind die Kosten, wer trägt eigentlich die Kosten dafür? Wo ist diese Planung eigentlich eingebettet? Das geht natürlich in den Fragenkomplex über, welche Gesamtberliner Verkehrsplanung überhaupt da ist. Wo finden Präjudizierungen in der Ausgabenpolitik statt, oder ist quasi dieser ganze Ausgabensektor eingebettet in eine Gesamtberliner Verkehrsplanung? Wie sieht die aus, wo liegt die eigentlich zur Zeit?

Ein weiterer Punkt: Wenn man sich auf die Olympia-Strecke konzentriert und die Standorte natürlich auch zwingend immer um diese Olympia-Strecke herum sein müssen, können Alternativstandorte auch nicht beliebig in der Stadt gesucht werden, wenn ein Planungsvorhaben nicht hinhaut; dann muß es immer oben an dieser Trasse sein, sonst ergibt sich aus dem Ganzen keine Logik mehr. Sind denn sowohl die Stätten wie auch die Alternativstätten, die dann auch Austragungsorte sein sollen, was Grundstückserwerb betrifft und auch Kostenkalkulation, Sanierung schon in irgend-

Stadt 11/24
 Umwelt 11/30
 BauWohn 11/33
 22. 10. 90

einer Weise - und wenn, dann wie - untersucht worden, oder gibt es Schätzungen, sind die Grundstücksfragen dort alle geklärt? Das ist mir auch nicht aus der ganzen Antwort klar geworden. Ansonsten gibt es noch mehrere Fragen, die wir uns aufgeteilt haben, damit wir uns nicht überschneiden. Meine Kollegen werden die anderen Fragen stellen.

V: Danke schön! - Herr Kollege Michaelis!

Abg. M i c h a e l i s (GRÜNE/AL): Wir haben uns in dieser "intensiven" Diskussion aufgeteilt. Das war schon ein markanter Satz von Ihnen, Herr Professor Schröder. Wenn man am Freitag so eine Vorlage, wie wir sie jetzt haben, am Nachmittag bekommt, dann zu sagen, daß dieses hier eine intensive Diskussion ist, finde ich persönlich schon durchaus etwas wagemutig. Trotzdem scheinen Sie recht zu haben, weil - davon gehe ich aus - sich die Kolleginnen und Kollegen eigentlich nur nach einer intensiven Diskussion eine Meinung bilden könnten. Aber ich glaube, Herr Wittwer war es, der gesagt hat, die Olympiade muß nach Berlin. Von der SPD kam ähnliches auch. Diese Festlegung ist dann doch schon sehr kraß. Mich erstaunt das ein bißchen, weil auf der anderen Seite die Risiken, die in dieser Vorlage auch irgendwie am Horizont auftauchen, Herr Wittwer, das Risiko übersteigen, was Sie benannt haben, daß nämlich für die Zeit der Olympiade Mallorca von Olympiaflüchtlingen überfüllt ist. Dieses Risiko wird da deutlich überschritten, denke ich.

Ich habe mir die Vorlage im wesentlichen unter dem Gesichtspunkt der Bauplanung angesehen. Da sind ein paar konkrete Sachen, die nicht beantwortet sind. Wie sollen zum Beispiel die Flächen für die Wohnbebauung gesichert werden? Wie soll es mit der FNP-Änderung klappen, bis wann soll der FNP geändert werden? Sollen Bebauungspläne aufgestellt werden? Wie ist dafür der vorgesehene Zeitablauf? Sollen Wettbewerbsverfahren für die Wohnbebauung, für die Sportstätten gefahren werden, wenn ja, was für Wettbewerbsverfahren? Gibt es wenigstens anhand von einzelnen Beispielen ein konkretes Zeitraster? Liegt zum Beispiel für das Schwimmstadion Karl-Friedrich-Friesen-Stadion so ein Zeitraster für die Bebauung schon vor? Das wäre aus meiner Sicht ein Muß, wenn ich an einer anderen Stelle in der Vorlage lese, daß Baugruben da sein müssen, damit die nationale Zustimmung erlangt werden kann.

Sie haben, Herr Professor Schröder, dankenswerterweise gesagt, daß die Wohnbebauung im ersten Förderweg stattfinden soll. Es sind hier aber Standorte für eine Wohnbebauung angedacht, die äußerst kompliziert sind. Da schließt sich die Frage an, wie Sie die Kostenmiete im Rahmen des ersten Förderwegs halbwegs im Griff behalten wollen. Ich gebe zu, das ist für Sie sicherlich eine etwas problematische Frage. Ich bedauere es an dieser Stelle, daß es von der Bauverwaltung offensichtlich niemand für nötig befunden hat, hier zu sein. Ich hoffe, daß auch in die Richtung gedacht ist, daß da nicht völlig der Kostenrahmen, wie wir ihn bisher schon beklagen müssen, weil er derzeit schon viel zu hoch

ist, völlig aus den Angeln gehoben wird. Die Kosten im Rahmen der Bebauung im ersten Förderweg, des sozialen Wohnungsbaus, ergeben sich aus mehreren Faktoren. Zwei wesentliche, die wir etwas beeinflussen können, sind die Kosten der Bauwirtschaft und die Kosten der Grundstücke. Wenn dieses, was hier mit Olympia ange-dacht ist, noch parallel mit Regierungssitz läuft, dann ist es klar, daß beide Faktoren überhaupt nicht mehr anzuhalten sind. Gibt es dafür in der Verwaltung Gedanken, Vorstellungen, Szena-rien, wie man diese beiden Problemgebiete im Sinne des Allgemein-wohls beeinflussen kann? Das heißt, daß sie nicht völlig aus dem Rahmen laufen.

Aus meiner Sicht - beim Durchblättern - ist tatsächlich das span-nendste Projekt der interessante Gedanke, am Westhafen Wohnbe-bauung zu machen. Aber sofort drängt sich die Frage auf, wo ein Hafen hin soll? Es steht überhaupt nichts davon da. Ich gehe davon aus - so wie ich den Westhafen kenne -, daß Berlin eigent-lich so einen Hafen braucht. Was ist mit den Gebäuden, die auf dem Westhafen stehen? Ich konnte es nicht in der Schnelle der Zeit genau prüfen, aber was hier als Wohnbebauung ausgewiesen ist, denke ich, dort stehen sehr erhaltenswerte Gebäude. Sollen die abgerissen werden, oder soll die Wohnbebauung in diesen Ge-bäuden eingebaut werden? Dieses ist Ihnen vielleicht ein etwas detailliert vorkommender Fragerahmen. Aber ich denke, wenn man hier und heute so einer Vorlage, die dann Auswirkungen für zehn Jahre hat, zustimmen soll, müßte eigentlich von der Verwaltung auch so weit gedacht worden sein.

V: Danke schön! - Herr Kollege Dr. Hassemer!

Abg. Dr. H a s s e m e r (CDU): Zunächst möchte ich auch noch einmal sagen - das ist vielleicht sogar unter uns allen doch einheitliche Meinung -, daß dieser bloße Fakt, eine Olympiade hier in Berlin zu haben, eher eine deutlich gute, als eine deut-lich schlechte Nachricht ist. Das ist eine Entwicklungschance, die man so durch anderen Magnetismus nicht bekommen kann. Aber es wird natürlich eine Entwicklungsgefahr, wenn man es schlecht macht. Und da staune ich so ein bißchen über die angereichten Leute der AL. Was Sie hier vortragen, wie Sie sich auch immer reihen, ist natürlich eine emphatische Kritik nicht nur an der Vorlage des Senats, sondern es ist auch kein Zufall, daß hier vorn nicht irgendwelche vagabundierenden SPD-Senatorinnen sitzen, sondern leibhaftige von Ihrer eigenen Fraktion. - (Dr. Statz, GRÜNE/AL: Der Bausenator fehlt ja auch!) - Es scheint schon Ihre Angewohnheit zu sein, den Bausenator alles an Senatsarbeit machen zu lassen, aber an den würde ich in dem Planungsstadium nicht so gern denken, sondern doch lieber an die, die für die Struktur der Stadt und für den Sport inhaltlich zuständig sind.

Ich muß wirklich noch einmal sagen: Sie haben sich als AL-Fraktion in den ganzen anderthalb Jahren trotz anderer Mühen in dieselbe Richtung noch nie so intensiv zum Hampelmann machen lassen wie in diesem Fall. Es geht hier wirklich um das zentrale Projekt des Sports - nicht nur in Berlin, sondern in Deutschland,

in Europa, in der Welt - ich habe schon gehört, daß Frau Volkholz weiterhin für die Sportvereine zuständig ist -: daß es dann in einem Senat einem Koalitionspartner gelingt, dafür zu sorgen, daß der fachlich zuständige Senator in der Vorlage nicht mehr erscheint, das ist ein Kunststück, das alles in den Schatten stellt, was ich von Senatsarbeit kenne. Das ist ein Kunststück im positiven Sinne, da muß ich wirklich einmal den SPD-Leuten ein Kompliment machen. Das ist bei der AL eine Variante der Bereitschaft, sich Verantwortung abnehmen zu lassen. Ich spüre ja jetzt, daß Sie sich extrem für das Projekt interessieren. Ihre Konsequenz auf Senatsebene war, daran eine Verantwortung nicht mehr mittragen zu müssen. Das ist eine Form des Sichlächerlichmachens, das hat bisher noch nicht einmal die FDP in irgendeiner Koalition hier in dieser Stadt hinbekommen.

Das zweite: Ihre Senatorinnen, die offenbar durch die eigene Fraktion, durch Kritik und durch konstruktive Überlegungen gestärkt werden, nehmen ihre Verantwortung dann in der Senats-sitzung dadurch wahr, daß sie in ein ganz klares, entschiedenes "wir enthalten uns" eintreten. Ich hatte heute gedacht, daß Frau Schreyer uns hier mindestens flammend sagen würde, warum wir aus Stadtentwicklungsgründen in keinem Fall in Punkt a), b), c), d) - denn da hätten wir unter Umständen wirklich mit Interesse zugehört - mitstimmen können, sondern da kommen so Formulierungen wie - ich habe mir nur die eine Formulierung vom Olympiadorf notiert -: "Die Flächen müssen - glaube ich - noch etwas reduziert werden". Da kommt auch wieder diese Ausgeburt von Entschiedenheit in der Sprache zur Geltung: "Daß man jetzt auf jeden Fall, glaube ich, entsprechend" usw.

Das heißt, Sie haben sich - aus welchen Gründen auch immer - an diesem Projekt nicht beteiligt - und darüber sind wir uns doch hoffentlich im klaren: in der inhaltlichen Planung ist es nicht ein Projekt des Abgeordnetenhauses. Die Abgeordneten werden immer hinterher laufen. Ich habe selbst zwei Jahre entsprechende Projekte in viel kleinerer Größenordnung gemacht, und ich hatte Sonderausschüsse. Aber glauben Sie mir, 95 % von dem ist nicht innerhalb der Abgeordnetenhausräume entschieden worden. Daß Sie dann in einer solchen Lage mit zwei Senatorinnen inmitten - sowohl für den Verbrauch wie die Gestaltung der Stadt haben Sie alle Kompetenz - sagen, aus Gründen, die Sie mir irgendwann noch einmal erklären müssen: "Nein, wir beteiligen uns da nicht und lassen den Sportexperten Schwierzina und den Flächennutzungsplan-chef Momper die Sache machen". Das ist koalitionspolitisch eine solche Komik, es ist schon wirklich nicht mehr lustig.

Was ich daraus folgere: Wir haben - Herr Wittwer hat es angedeutet - an bestimmten Punkten auch Fragen - wir können als Parlamentarier nur fragen. Ich glaube, Herr Haberkorn hat es eben erwähnt, ich habe den Vortrag so verstanden, daß wir hier eine Schnellbahn bauen, die wir anschließend wieder abreißen. Ich hätte wirklich gern gewußt, ob es nicht möglich ist - wie wir doch infrastrukturell versuchen wollen, uns über die Olympiade in Berlin Vorteile zu verschaffen - diese Bahn so und dort zu bauen,

daß sie wirklich bruchlos in der Zeit danach auch Berlin zur Verfügung steht. Das ist nur ein Beispiel dafür. Auch das Projekt Westhafen: Es ist vollkommen richtig. Das kann eine unglaublich interessante und spannende Lösung werden. Dann gibt es eben nicht nur einen Sinn für Olympia, sondern für die Stadt. Aber unter Nichtmitwirkung - ich las einmal irgendwo, Frau Schreyer hätte das ganze erst drei, vier Tage vorher gesehen - bzw. der Zulassung des Ausschlusses der zuständigen Senatoren das dann anschließend passieren zu lassen, nicht nur dagegen zu stimmen, nicht nur den Koalitionsausschuß - oder was Sie da alles für lustige Trupps haben - nicht anzurufen, sondern es passieren zu lassen, obwohl die zuständige Senatorin sagt, sie hat es eigentlich gar nicht gesehen, also Verantwortung wahrzunehmen, indem man sie abgibt, das ist - - Da müssen wir uns als Parlament und als dieser Ausschuß darauf verlassen, daß die zuständige Senatorin dort ihre Arbeit macht. Was macht sie denn, wenn ein so großes Projekt ansteht und sie zu diesem nicht ihre eigene Position entwickelt hat, das nicht geprüft hat und sich dann energisch der Stimme enthält?

Wir möchten - am Beispiel dieser Schnellstrecke wollte ich das ansprechen - wirklich konkret geklärt haben, daß - und das geht nur in diesen Einzelheiten - das Ganze zu einer Stärkung der Stadt wird und nicht zu einer Schwächung. Es wäre wirklich gut, wenn sich die AL und vor allem die von ihr gestellten Senatorinnen dann nicht weiter durch Nichtwahrnehmung ihrer Aufgaben, für die sie geschworen haben, lächerlich machen würden.

V: Danke schön! - Herr Kollege Berger!

Abg. B e r g e r (GRÜNE/AL): Herr Hassemer, über die Frage, ob wir uns lächerlich machen oder ob Sie auf dem falschen Dampfer sind, wenn Sie meinen, daß diese Art von Olympia-Planung, die hier vorgelegt worden ist, der Entwicklung der Stadt nützt, können wir uns sicher demnächst und übermorgen im Plenum unterhalten. Ich meine, hier im Ausschuß - - (Dr. Hassemer, CDU: Wollen Sie sich da auch enthalten?) - Nein, da brauchen Sie keine Sorge zu haben. Ich werde mich wahrscheinlich etwas eindeutiger verhalten. - Aber wir sollten den Ausschuß zu konkreten Fragen nutzen, und das wollte ich bei einigen Punkten auch tun. Schließlich sitzen wir hier auch unter anderem im Stadtentwicklungsausschuß und Umweltausschuß. Darauf beziehen sich einige dieser Fragen. Das ist das eine.

Ein zentraler Punkt wird das Olympische Dorf sein. Das habe ich mir auch interessiert angesehen. Da ist die Frage, wie denn der Bau des Olympischen Dorfes und die Durchwegung vom Olympischen Dorf zum Olympia-Stadion mit Gesichtspunkten des Naturschutzes vereinbar sind. Der Weg läuft genau über die Murellenschlucht - das brauche ich nicht im einzelnen erläutern, die Details interessieren hier vielleicht auch nicht -, die dann zerstört zu werden droht. Es ist ein ökologisch sehr leicht zu zerstörendes Gebiet, auch die Fließwiese. Ob der Weg, der an die Bahnlinie heranführt, ein Weg oder eine Straße ist, kann ich aus

dem Plan nicht erkennen. Ich meine aus dem Plan zu erkennen, daß das eine befahrbare Straße sein soll. Ich lasse mich da aber gern eines Besseren belehren. Ich wäre froh, wenn ich mir da irre.

Das zweite betrifft die Vereinbarkeit mit dem Naturschutz. Ich gehe davon aus, daß das Olympische Dorf gar nicht gebaut werden kann, weil hier schon über viele Jahrzehnte Kriegsspiele betrieben worden sind. Dies ist auch schon in den 20er Jahren - soweit ich weiß - ein militärischer Übungsplatz gewesen, deswegen ist er hochverdächtig, altlastenverseucht zu sein. Da möchte ich doch gern wissen, da ich das aus der Vorlage nicht recht entnehmen kann, wo denn der Altvernativstandort genau hin soll und was sich dann für Probleme mit dem Alternativstandort für das Olympische Dorf stellen, wenn es nicht nach Ruhleben kann, wovon ich meine, meiner realistischen Einschätzung nach, ausgehen zu können.

Der zweite Punkt betrifft die Sache mit dem Friesen-Stadion, das wohl abgebaut werden soll, und wo dann die große Schwimmhalle hinkommen soll. Das betrifft die Frage der Nachnutzung. Neben der Schwimmhalle befindet sich auch jetzt schon ein Erholungszentrum, das auch für Schwimmzwecke genutzt wird. Es ist unter dem Gesichtspunkt gerade des Breitensports und der Erholung in der Stadt schwer einsichtig, warum dann zwei große Schwimmhallen, die mit die bedeutendsten in der Stadt sind, nebeneinander liegen und noch dazu im Zentrum, während zum Beispiel - darüber ist im Ausschuß auch schon gesprochen worden - ein Gebiet wie Hellersdorf und Marzahn gar keine hat. Unter der Frage der Stadtentwicklung, wo sich Schwimmhallen und solche Plätze befinden, halte ich diese Planung für problematisch. Ist darüber nachgedacht und sind da Schlüsse daraus gezogen worden?

Der dritte Punkt betrifft die Tennisplätze, die nach meiner Kenntnis in oder an den Grunewald kommen sollten. Da sollen Erweiterungen stattfinden. Meine Frage ist, ob Waldflächen oder andere Landschaftsflächen davon betroffen sind, die dann dem weichen müssen. Zweitens: Wie stellt man sich die Verkehrserschließung dieses Gebiets vor? Müßte da auch eine weitere Straße für solche Tennisplätze gebaut werden, was ich auch für die Entwicklung dieses Gebiets für sehr nachteilig halte.

V: Als letzter von den Fraktionen der Kollege Kliche.

Abg. K l i c h e : Ich möchte noch einmal sagen, da wir gerade vor der Frage stehen: Olympiade ja oder nein, daß diese Frage natürlich auch für die Stadtentwicklung und für die Verkehrsstruktur von großer Bedeutung ist. Die Fragen, die anstehen, sind natürlich: Wohnungsbau; Standortfrage; spätere Nutzung von dem, was wir als Olympisches Dorf und ähnliches haben; ob es jetzt bei den angedachten Standorten bleibt oder ob eventuell sogar noch weitere Standorte hinzukommen. Denn ich möchte sagen, daß mir die gegebenen Zahlen, wie sie hier drin stehen, gerade auch für die Unterbringung der Athleten und Begleitpersonal, Medienvertreter usw. reichlich niedrig erscheinen. Ist dies jetzt die unterste Kapazität, oder muß man in diesem Sinne nicht viel-

leicht noch in größerem Rahmen an die Sache herangehen, und welche Standorte stehen dann eventuell zusätzlich noch zur Diskussion?

Die zweite Frage betrifft die Infrastruktur im Verkehrswesen. Ich glaube, wir sollten schon der Auffassung sein, daß eingerichtete Verkehrsverbindungen insbesondere dann, wenn sie den Schienenverkehr betreffen - und das ist nicht bloß die angesprochene Olympia-Bahn, sondern auch die rechtzeitige Fertigstellung entsprechender Verkehrsschienenwege, zum Beispiel Westkreuz - Spandau -, rechtzeitig in diesem gesamten Ablauf - S- und U-Bahn - fertig und auch entsprechend mit den Bahnhöfen und allem Drum und Dran ausgebaut sind. Das war die zweite Frage.

Die letzte Frage, die ich habe, betrifft die Standortfrage der Sportplätze, so wie sie Herr Berger angesprochen hat. Wäre es da nicht sinnvoller, noch Alternativen aufzuzeigen, wie man auch die Umgebung von Berlin - zumindest aber die Randgebiete der jetzigen Stadt - verstärkt bei Sportplätzen, bei Trainingsanlagen mit einbeziehen soll. Gibt es da Möglichkeiten?

Dann kommt als letztes - ich möchte dabei nicht nach dem Maskottchen der Olympiabewerbung fragen: Unter welchem Motto wird wirklich die Bewerbung vor dem NOK durchgeführt; denn wenn ich hier reinsehe und lese, "die Umsetzung von ökologischen Konzepten mit hoher Sozialverträglichkeit", ist das natürlich eine schöne Worthülse. Aber ich möchte hier wirklich einmal ein konkretes Beispiel, wie man das gedenkt auszufüllen. Andere Städte hatten von Friedensspielen gesprochen, wir hatten zunächst den Gesichtspunkt des Zusammenwachsens zur Metropole. Unter welchem Thema soll eigentlich die Vorstellung gegenüber dem NOK stattfinden, damit die Bewerbung auch Erfolg hat?

V: Danke schön! - Das war die letzte Wortmeldung in der Debatte. Jetzt zur Stellungnahme und zur Beantwortung der Senat. - Frau Volkholz, bitte! - (Zuruf: Ich möchte eine Schlußbemerkung machen!) -

Frau Sen V o l k h o l z : Ich mache jetzt nicht die Schlußbemerkung, sondern ich gehe hier noch einmal auf zwei Punkte ein, einmal die Fragen, die die Sportstandorte angehen, wie weit hier die mögliche Nutzungskonkurrenz zwischen dem Sportschwimmbad Friesenstadion und SEZ auftauchen wird. Dies ist sicherlich ein Problem, das noch geprüft werden muß, weil die Nutzungskonkurrenz derzeit so nicht auszuschließen ist. Es gibt noch mehrere Probleme, was die Ansiedlung der Sportstandorte angeht, zur Zeit zum Beispiel noch die Frage der Hallenkapazitäten, was möglicherweise mit Nachnutzungskonzepten des Eissports in Verbindung steht. Hier tauchen noch Probleme auf, die zu klären sein werden.

Ich möchte auf den von Herrn Hassemer angeschnittenen Punkt noch einmal eingehen, inwieweit diese vehemente Enthaltung eine Abgabe der Verantwortung darstellt. Man kann das Ganze lächerlich oder

nicht lächerlich darstellen. Dahinter steckt ein ernsthaftes Problem, das man nicht unter den Tisch kehren muß. Klar ist, daß ich für meine Person mit der Enthaltung ganz deutlich machen wollte, daß ich vom Prinzip her einer Bewerbung Berlins für die Olympischen Spiele im Jahr 2 000 nicht negativ oder ablehnend gegenüber stehe, was ich natürlich leicht mit einer Ablehnung hätte machen können. Deswegen wollte ich das nicht. Aber ich denke auch, eins sollte man klar zur Kenntnis nehmen. Es gibt in Berlin bei dem Gedanken an Olympische Spiele nicht nur freudig erregte Gemüter und Gesichter, sondern es gibt sehr ernsthafte Bedenken - ich sage es einmal sehr plakativ und sehr kurz gefaßt - Befürchtungen nach dem Motto: Olympia könnt Ihr, aber für uns die notwendigen Kindertagesstätten bauen könnt Ihr nicht! Es gibt Bedenken, die ernst zu nehmen sind. Es gibt Bedenken, daß, gerade wenn ein Vorlauf von zehn Jahren existiert, die demokratische Planungskultur darunter leiden könnte, weil eine bestimmte Geschwindigkeit, ein bestimmter Druck, möglicherweise bestimmte Beteiligungsverfahren nicht mehr so gewährleistet. Ich hätte es für einen sinnvolleren und wünschenswerteren Weg gehalten, diesen Befürchtungen insofern die Nahrung zu entziehen, indem selber der Bewerbungsprozeß noch etwas langsamer - ich habe das vorhin dargestellt - von uns vollzogen worden wäre, um zum Beispiel die Fragen der Finanzierbarkeit, die Fragen konkurrierender Finanzierbarkeit, noch in breiterem Maße auch durch öffentliche Veranstaltungen zu klären, um so Befürchtungen abzubauen. Dem ist nicht Rechnung getragen worden, deswegen habe ich in der Enthaltung den richtigen Weg gesehen.

Ich halte es trotz allem natürlich für notwendig, und insofern ist das für mich keine Abgabe der Verantwortung, sondern ein sehr verantwortliches Handeln, daß ich natürlich auch - sollte das Plenum so beschließen - auf der anderen Seite die Diskussion - dies nehme ich auch zur Kenntnis, wie im übrigen ganz offensichtlich alle hier - in der Öffentlichkeit weiter führen werde, mich natürlich auch weiterhin dafür einsetzen werde, daß zum Beispiel die Probleme - gerade was die Konzeption der Sportstätten angeht - genutzt werden, daß es hier zu einer Sportstättenplanung kommt, die insgesamt für Berlin eine positive Konzeption beinhaltet. Insgesamt stehe ich dem Bewerbungsgedanken Berlins für Olympia auch deswegen positiv gegenüber, weil ich denke, wenn es gut gemacht ist, wird dieses positive Auswirkungen auf die Stadt haben.

V: Danke schön! - Frau Schreyer!

Frau Sen Dr. S c h r e y e r : Ich möchte zunächst dieses Thema noch einmal aufnehmen: Verkürzung des Planungsprozesses und die Gefahr undemokratischer Elemente oder Ausschaltung von vorgeschriebenen demokratischen Verfahren. Das betrifft auch direkt das, was Herr Hassemer hier angemerkt hatte. Ich sehe äußerst kritisch, daß hier für die Olympiavorlage das normale Mitzeichnungsverfahren nicht eingehalten wurde, die Geschäftsordnung des Senats nicht eingehalten wurde. Sie wurde schon im CDS (phonet.) bekanntgegeben, wenn Sie sich erinnern. In der Tat ist aller Wert

darauf zu legen, daß solche undemokratischen Verfahren bei einem für die Stadtentwicklung so wichtigen Projekt einfach nicht hingenommen werden können und nicht weiter fortgeführt werden dürfen. Das betrifft insbesondere dann wieder die Frage der Baupläne und des gesamten Planungsrechts. Hier gibt es in der Tat auch im Senat Meinungsdivergenzen. Ein Kollege würde hier gern das Planungsrecht für Olympia ändern. Wir haben jetzt im Senat etwas anderes in die Vorlage hineingeschrieben. Ich denke, daß es für Olympia auch nicht sein darf, eine Lex Olympia zu machen, sondern das demokratische Verfahren ist einzuhalten, was aber wiederum voraussetzt, daß die entsprechenden Energien hineingesteckt werden und die Kapazitäten bereitgestellt werden.

Zu der Frage der Zeitplanung, die Herr Statz zum Beispiel beim Westhafen angesprochen hat: Für die einzelnen Standorte liegen noch keine Zeitplanungen vor. Es liegt für die vordringlichen Sportstättenprojekte eine Zeitplanung vor, aber noch nicht für die größeren Standorte, ausgenommen eben für die Rummelsburger Bucht eine Grobplanung.

Ich möchte es für den Westhafen etwas ausführlicher darstellen. Im Flächennutzungsplan ist der Westhafen als Sondergebiet ausgewiesen. Wollte man diesen Standort für Wohnungsbau und zusätzlich Dienstleistungen haben, dann muß eben eine FNP-Änderung in Misch- oder Kerngebiet gemacht werden, je nach dem, was sich als besser herausstellt. Eine FNP-Änderung mit den demokratischen Beteiligungsverfahren, die nach dem Baugesetzbuch vorgeschrieben sind, braucht zwei bis drei Jahre. Mindestens ebenso schwierig ist aber die Verlagerung eines Hafens. Erstens erfordert das die Abstimmung mit dem Bund entsprechend dem Wasserstraßenkonzept, und dann ist es nicht so einfach einen Alternativstandort für einen Hafen zu finden.

Ich bin auch der Meinung, daß wir sehr glücklich sein können, daß wir in Berlin mehrere Häfen haben, denn für eine Änderung des gesamten Verkehrssystems ist ein Hafen etwas sehr Wichtiges. Ich teile grundsätzlich überhaupt nicht die Position, daß industrielles Gewerbe und die dazugehörige Infrastruktur vor die Stadt gehören, sondern ich bin der Meinung, Berlin ist eine Industriestadt, sie sollte es auch bleiben, und wir sollten entsprechend danach handeln.

Herr Statz, Sie hatten des weiteren nach den Kosten gefragt, die für die Standortbewertung notwendig sind. Ich habe in der Tat kritisiert - und es ist ein Grund für meine Nichtzustimmung -, daß in der Vorlage für 1991 nur 600 000 DM für die Senatsverwaltungen vorgesehen sind. Mit 600 000 DM kann man nur einige wenige Bodenproben durchführen! Angesichts der Größe des Geländes der Rummelsburger Bucht ist das natürlich sehr viel weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein. So kann dieses Projekt nicht angegangen werden, wenn es zu einem Erfolg führen soll.

Zur Regattastrecke Grünau: Es ist in der Tat die Überlegung angestellt worden, dort eine Betonwanne zu bauen, was allerdings erst überprüft werden muß. Ich habe mehrere Standortvorschläge gemacht, die gegeneinander abgewogen werden müssen. Dabei handelt es sich insbesondere um solche Standortvorschläge, die auch außerhalb des Stadtgebiets liegen. Nur der auch einmal in der Presse genannte Standort Sacrower See sollte meines Erachtens aus Naturschutzgründen tabu sein, und ist deshalb in der Vorlage nicht angeführt.

Zur Frage von Herrn Berger, die Vorlage zum Olympischen Dorf betreffend - Standort Ruhleben: Die Straße, die dort entlang der Murellenschlucht eingezeichnet wurde, ist für einen Shuttleservice geeignet. Das ist ein Vorschlag, der für die Erschließung und die Verbindung zwischen olympischem Wohnen und den olympischen Sportstätten seitens des Olympiabüros gemacht wurde. Es ist zu prüfen, ob so etwas genehmigungsfähig ist oder ob neben der Bahn zuviel Platz in Anspruch genommen werden würde, so daß der Eingriff in die Natur und die Landschaft zu groß wäre. - Dazu kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nichts gesagt werden.

Zu den Tennisplätzen: Ich bin auch der Meinung, daß unbedingt Standortalternativen geprüft werden müssen, weil ein Eingriff in den Grunewald - auch unter dem Thema "Olympia" - nicht hinnehmbar ist, sondern tabuisiert werden sollte. - (Zuruf des Abg. Wittwer, CDU) - Ja, genau diese Themen müssen erörtert werden, Herr Wittwer. - Nach der Olympiacharta ist eine Erweiterung des Tennisstandorts notwendig. Inwieweit das an diesem Standort machbar ist? - Ich bin äußerst skeptisch und halte es insofern für notwendig, einen Tennisstandort am Olympiagelände sehr genau, und zwar parallel und nicht im nachhinein zu prüfen.

Zur Frage von Herrn Kliche: Bezüglich des Wohnungsbaus sind alternativ mehrere Vorschläge gemacht worden, wie beispielsweise für den Westhafen, die Eldenaer Straße oder die Rummelsburger Bucht. Die Rummelsburger Bucht bietet auch den Platz für eine

größere als die für die olympische Familie vorgesehene Quantität. Nur, auch dieser Standort muß - meines Erachtens unabhängig von Olympia - sehr schnell angegangen werden. Es ist daran gedacht, den Rummelsburger See zu verkleinern und einen Durchstich zu machen, so daß die Stralauer Halbinsel keine halbe, sondern eine ganze Insel würde. Dieses Projekt erfordert in der Tat eine sehr lange Zeit und einen sehr hohen Mitteleinsatz und ist insofern sehr frühzeitig in Angriff zu nehmen.

V: Danke schön! - Abschließend, bitte, Herr Dr. Schröder!

StS Dr. S c h r ö d e r : Ich möchte noch einmal betonen, daß es sich hier nicht um die abschließende Darstellung der einzelnen Baumaßnahmen handelt und die einzelnen Zimmer für die Benutzer der olympischen Familie noch nicht verteilt sind. Ich bedauere, daß wir noch nicht soweit sind. Der Senat hat intern beschlossen, bis zum Februar eine Art Netzplanung für die verschiedenen Elemente vorzulegen, die die einzelnen Arbeitsschritte enthalten. Ich glaube, daß das auch das ist, was bei einer vernünftigen Regelung und Planung für dieses Großprojekt wichtig ist.

Zum anderen möchte ich noch einmal unterstreichen: Diese Vorlage bündelt eine Fülle von Aufgaben der Landesverwaltung, die unabhängig von den Olympischen Spielen im Jahr 2000 zu leisten sind, ja, sogar mit hoher Geschwindigkeit zu leisten sind. Diese Vorlage ist die Chance, einen Druck zu eröffnen, damit das Projekt auch zügig vorangebracht werden kann.

Zur Frage der Beteiligung aller Häuser darf ich sagen, daß von Anfang an alle Teile der Berliner Verwaltung über nun fast ein Jahr beteiligt worden sind - beispielsweise Stadtentwicklung und Umweltschutz mit regelmäßig vier bis fünf Mitarbeitern. - (Abg. Statz, GRÜNE/AL: Das setzt ja nicht eine Beteiligung am Entscheidungsprozeß voraus, wenn ein Mitarbeiter abgestellt wird.) - Man geht nach der Geschäftsordnung davon aus, daß die Mitarbeiter regelmäßig auch die Leitung ihres Hauses über politisch elementare Entscheidungen auf dem Laufenden halten. - (Zurufe) -

Zur Grünauer Strecke: Dabei handelt es sich um eine Strecke, die untersucht wird. Ich halte es aber nicht für richtig, sich heute mit phantastischen Überlegungen, wie zum Beispiel der Betonwanne, die nicht in der Vorlage und auch nicht in der Senatsplanung enthalten ist, auseinanderzusetzen.

Die Gefahr der Kostenexplosion ist bei jeder großen Planung dieses Maßstabes nicht von der Hand zu weisen. Aus diesem Grund werden wir mit Nachdruck darauf hinwirken, daß eine weiträumige Ausschreibung für die einzelnen Maßnahmen erfolgt, so daß der Wettbewerb auf dem Berliner Baumarkt - soweit es überhaupt möglich ist - erhalten wird. Es wird eine ständige Aufgabe der Berliner Politik sein, dieses bezüglich der in den nächsten Jahren zu bewältigenden Aufgaben einzuhalten.

Ich darf am Beispiel Westhafen folgendes deutlich machen und möchte damit auch die Fülle der Fragen, die dazu gestellt worden

sind, beantworten - ich verweise auf die Anlage zu 2.1, Seite FPB24: Hier finden Sie die gestellten Fragen beantwortet. Beispielsweise wird darin deutlich, daß die vorhandene Bebauung erhalten bleibt, aber umgenutzt wird - gekennzeichnet in der Signatur durch die schwarze Darstellung. Es ist dort ausgewiesen, wo Wohnungsbau errichtet werden soll, wo eine Sportanlage gebaut werden könnte und inwieweit eine Grünung dieses problematischen Quartiers beabsichtigt ist. Es ist außerdem auf die Alternativstandorte und den noch ausstehenden Abstimmungsbedarf hingewiesen worden - ich verweise auch hierzu auf die Vorlage.

Die andere immer wiederkehrende Frage ist die nach dem Olympia-Expreß. Dieser ist mit der gesamten Verkehrsplanung insofern sehr eng verbunden, als es Überlegungen gibt, diese Technologie für die Anbindung des Flughafens Schönefeld weiterzuentwickeln und einzusetzen und dieses Objekt vorrangig zu nutzen. Im Rahmen der bisherigen Gespräche gibt es auch eine Tendenz, diese Verkehrsführung auf der Trasse nicht von vornherein auf Dauer auszuschließen, sondern - je nach Entwicklung des Berliner Fernverkehrs und seiner Verteilung in den nächsten Jahren - eine Dauernutzung auf dieser Trasse vorzuziehen und nicht nur eine Erweiterung in Richtung Umland vorzunehmen. (Nur kann ich Ihnen nicht sagen, daß diese Frage bereits abschließend entschieden worden ist.)

Die Planung ist um die Trasse gruppiert. Es macht keinen Sinn, von dieser Trasse in andere Bereiche wegzugehen. Allerdings möchte ich darauf hinweisen, daß es ca. 100 Standorte von Trainingsanlagen gibt, die sich über das gesamte Stadtgebiet verteilen und einen großen Beitrag zur Verbesserung der Ausstattung der Bezirke leisten werden. In der Vorlage wird das nicht sehr deutlich - diese konzentriert sich auf die Hauptspielstätten. Aber dieses Konzept von ca. 75 offenen und 25 geschlossenen Trainingsanlagen ist gerade für die Verbesserung des Angebots an Sportstätten in der Stadt eine notwendige Ergänzung und leistet bezüglich der vorhandenen Flächen einen wichtigen Beitrag.

Eine weitere Frage bezog sich darauf, ob die Standorte ausreichen oder ob mehr erforderlich werden. Diese Frage kann ich beantworten: Für die angenommene Zahl von 40 000 reicht diese Planung aus. - Auf die Alternativstandorte ist ausdrücklich hingewiesen worden.

Schließlich zur Frage nach der Idee: Als Idee soll in der Bewerbung Berlin als Symbol für ein Zusammenwachsen und ein friedliches Miteinander in Europa zugrunde gelegt werden. - Das ist die bisherige Leitidee und die bisherige Konzeption. Weil keine Wortmeldungen mehr zugelassen werden, hoffe ich, daß ich alle Fragen ordentlich beantwortet habe.

V: Besten Dank! - Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Aussprache. In Richtung Senat darf ich - bei aller freudigen Formulierung für Olympia - sagen, daß man mit Sicherheit eines nicht behaupten kann, und zwar daß die Ausschüsse, die heute hier beraten haben, nicht alles getan haben, um diese Sache zu ermög-

lichen. In der Tat hatten wir die Vorlage erst am Wochenende vorliegen und haben dieses Thema trotzdem mit Disziplin über die Runden gebracht. Insgesamt mögen Sie daraus sehen, für wie wichtig wir dieses Vorhaben erachten, denn ansonsten wäre es so nicht gegangen.

Wir kommen dann zu den Abstimmungen: Ich habe sowohl den Vorsitzenden des Umweltausschusses als auch den Vorsitzenden des Ausschusses für Bau- und Wohnungswesen gefragt, ob sie damit einverstanden wären, wenn ich diese beiden Ausschüsse hier vorn mitleiten würde. Beide haben mir ihr Einverständnis bekundet. Aus diesem Grund darf ich zunächst für den Umweltausschuß fragen: Wer der Beschlußvorlage seine Zustimmung zu geben gedenkt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Gegen zwei Stimmen mit Mehrheit angenommen.

Jetzt kommen wir zum Ausschuß für Bau- und Wohnungswesen: Wer dem seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Eine Gegenstimme. - Stimmenthaltungen? - Eine Stimmenthaltung.

Wir kommen nun zum Stadtplanungsausschuß: Wer dem seine Zustimmung zu geben gedenkt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke! - Gegenprobe! - Zwei Gegenstimmen. - Stimmenthaltungen? - Bei zwei Gegenstimmen mit großer Mehrheit angenommen. - Somit werden alle drei Ausschüsse dieses dem federführenden Sportausschuß über Herrn Hoffmann mitteilen. Bei der Ausschußsitzung für Stadtplanung werden wir den Antrag der Fraktion der CDU über "Sicherung von Kleingärten in Berlin" absetzen müssen, weil der Bauausschuß vorhin keine Beschlußempfehlung fertigen konnte und wir, als federführender Ausschuß, aus diesem Grund darüber nicht beraten können. Wir können nur noch den Antrag der Fraktion der Republikaner über "Sicherung von Kleingärten in Charlottenburg" aufrufen. Für diesen Punkt und den Punkt "Verschiedenes" bitte ich um die Leitung meines Kollegen Behrendt.

Schluß: 17.18 Uhr